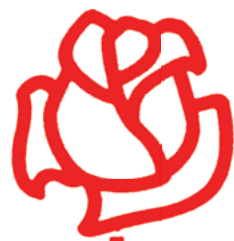


Monatsspiegel



Juni 2018



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Zukunft im Kopf. Bayern im Herzen Die Schwerpunkte der BayernSPD zur Landtagswahl

Bayern ist ein starkes Land. Wir haben uns viel aufgebaut. Nicht zuletzt wirtschaftliche Stärke und Wohlstand. Darauf sind wir zu Recht stolz. Bayerns Stärke eröffnet Möglichkeiten und schafft Verantwortung. Diese Möglichkeiten müssen wir nutzen. Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden. Denn Stärke ohne Solidarität ist nur Egoismus – und das ist nicht unser Bayern.

Die meisten von uns leben gut hier in Bayern. Wir wollen Bayerns wirtschaftliche Stärke erhalten und für die Zukunft sichern. Und wir wollen dafür sorgen, dass alle in Bayern nicht nur den Erfolg erarbeiten, sondern auch etwas davon haben.

Bayern lebt von seinen Werten: Nächstenliebe und Solidarität, Weltoffenheit und Toleranz, Liebe zur Freiheit und ein wacher Sinn für Gerechtigkeit. Diese Werte sind unser Ausgangspunkt. Sie müssen in jeder politischen Entscheidung spürbar sein.

Wir haben die Zukunft im Kopf. Wir wollen sie gemeinsam mit den Menschen in Bayern gestalten. Dafür braucht

es mehr Ernsthaftigkeit und Sachorientierung. Mehr Gesprächsoffenheit und Wertschätzung. Mehr Menschlichkeit und Toleranz. Kurz: Einen neuen politischen Stil für Bayern.

Mit unserem Programm soll Bayern noch stärker werden. Dazu müssen wir mehr Zusammenhalt schaffen, unsere Vielfalt als Kraftquelle nutzen, Bayern zur Heimat für alle machen, die hier leben – und vor allem die kleinen und großen Hürden überwinden, die Menschen in Bayern tagtäglich vorfinden.

Veränderung gestalten: Zukunft im Kopf

Bayern verändert sich, wie auch die Welt um uns herum: Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitsplätze und unser Freizeitverhalten. Menschen ziehen aus ganz Deutschland und darüber hinaus nach Bayern und vom Land in die Städte. Neue Technologien machen uns mobiler und helfen uns, miteinander in Kontakt zu bleiben.

Dieser dynamische Wandel bringt Chancen für Bayern. Diese Chancen müssen wir nutzen. Aber gleichzeitig

bringt er Herausforderungen, die wir lösen müssen: Der Zuzug in die Städte macht Wohnraum knapp und teuer. Er bringt Nahverkehr, Kinderbetreuung, Bildungseinrichtungen und vieles andere an die Belastungsgrenzen. Viele Menschen sorgen sich, ob sie mit den Veränderungen der Arbeitswelt mithalten können. Sie spüren zunehmenden Druck – sei es am Arbeitsplatz oder während ihrer Ausbildung.

Die Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen den boomenden Metropolen und dem ländlichen Raum, sind in den letzten Jahren zu groß geworden. Und überall in Bayern geht die Schere zwischen Arm und Reich immer stärker auseinander.

Wir nehmen diese Veränderungen nicht einfach hin. Wir gestalten den Wandel.

Wir sorgen dafür, dass in Bayern niemand abgehängt wird. Deshalb wollen wir Wohnungen bauen, mehr Kinderbetreuung schaffen, das Angebot an

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

04.06.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
05.06.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
06.06.	19:00	AsF-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
08.06.	17:00	Speeddating mit der SPD	Kaiser Wilhelm	S. 5
09.06.	11:00	Workshop „Stadt der Zukunft“ II: Gewerbe	IG-Metall-Saal	S. 4
11.06.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
12.06.	19:00	Distriktsversammlung Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 20
12.06.	19:30	Distriktsversammlung Frauenaurach	Gemeindezentrum Frauenaurach	S. 18
13.06.	20:00	Distriktsversammlung Süd	Bürgertreff Röthelheim	S. 20
13.06.	20:00	Distriktsversammlung West	Zur Einkehr	S. 22
18.06.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
19.06.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
19.06.	20:00	Distriktsversammlung Innenstadt	Kulisse	S. 20
20.06.	19:00	Distriktsversammlung Dechsendorf	FC Dechsendorf	S. 17
20.06.	19:00	Distriktsversammlung Eltersdorf	Schützenhaus	S. 18
20.06.	20:00	AK Parteijubiläum	Löhestraße 61	S. 4
21.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
22.06.	16:00	60plus: Besuch Wohngemeinschaft „Wilhelmine“	Wilhelminenstraße 12	S. 22
25.06.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
30.06.	11:00	Workshop „Stadt der Zukunft“ III: Wohnen	IG-Metall-Saal	S. 4

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Christian Wonnerth
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag 11:00 bis 16:00 Uhr
 Dienstag geschlossen
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 14:00 bis 17:00 Uhr
 Freitag 13:00 bis 16:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführer: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Katrin Hurlé (kh), Barbara Pfister, Mark Schuster, Ulrich Wagner

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Bussen und Bahnen ausbauen. Und wir sorgen dafür, dass keine Region in Bayern zurückbleibt: Wir stärken Schulen, Nahverkehr und Pflege im ländlichen Raum. Mit schnellem Internet und besten Verkehrsverbindungen sorgen wir dafür, dass Menschen dort leben und arbeiten können, wo sie das wünschen.

Wir machen aus den technischen Veränderungen von heute sozialen Fortschritt von morgen. Mit einem Recht auf Weiterbildung und starkem Schutz von Arbeitnehmer*innen im digitalen Kapitalismus.

Dafür steht die BayernSPD: Bayern erfolgreich in die Zukunft führen. Mit klaren Antworten und fortschrittlichen Ideen für die vielfältigen Herausforderungen. Und dafür, alle solidarisch an der Gestaltung zu beteiligen.

Bayerns Stärke nutzen: Mehr Zusammenhalt schaffen

Bayern ist am stärksten, wenn wir zusammenhalten. Darum geht es uns: Mehr Gemeinschaft schaffen, füreinander da sein – und auch ein neuer Umgangston.

Wir stehen für eine Politik, die Menschen stark macht in ihrem täglichen Leben. Aus unserer Geschichte wissen wir, was Solidarität bewirkt und erreicht. Wir sichern gute Arbeit und bauen sie zu guten Bedingungen gemeinsam aus. Wir erneuern den Vertrag zwischen den Generationen und führen ihn in eine sichere Zukunft für alle. Wir sorgen dafür, dass alle unabhängig von ihrem Einkommen oder Wohnort die beste Gesundheitsversorgung bekommen.

Und Zusammenhalt heißt für uns auch, dass wir einen besonderen Blick auf jene haben, die unsere gesellschaftliche Kraft besonders brauchen: Menschen mit niedrigerem Einkommen oder knapper Rente. Das gilt für Familien und Alleinerziehende. Das gilt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die in diesem starken Land alle Chancen bekommen sollen. Das gilt für Menschen, die keinen guten Arbeitsplatz finden oder nicht wissen, ob sie ihre Beschäftigung behalten können. Armut darf im wohlhabenden Bayern keinen Platz haben.

- Mehr Zusammenhalt heißt für uns bezahlbaren Wohnraum schaffen, vor allem durch eigenen Wohnungsbau des Freistaats.
- Mehr Zusammenhalt heißt für uns Familien zu unterstützen und Kindern Chancen zu geben mit einer Kin-

dergrundsicherung und kostenfreien Kindertagesstätten.

- Mehr Zusammenhalt heißt für uns Arbeitsplätze sichern und Menschen fit machen für die Anforderungen der Arbeitswelt von morgen. Und einen Anspruch auf Weiterbildung.
- Mehr Zusammenhalt heißt für uns, Menschen, die nach Bayern kommen, die Chance zu geben, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen – auch wenn ihr Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist.
- Mehr Zusammenhalt heißt für uns, Menschen Sicherheit zu geben und damit die Gemeinschaft als Ganzes stärken. Diese Sicherheit schafft auch Offenheit für Neues, Neugier auf Veränderungen und Kraft, etwas für andere zu tun.

Bayerns Identität: Die Vielfalt der Lebensentwürfe

Bayern ist ein besonderes Land. Wir haben eine starke Identität und diese Identität liegt in unserer Vielfalt. Eine vermeintliche „Leitkultur“ gab es im demokratischen Bayern nie und wir brauchen auch keine. Der Staat hat nicht die Aufgabe, Religion und Weltanschauung zu regeln.

Wir stehen zum Grundgesetz und zur Bayerischen Verfassung als Grundlagen unseres Zusammenlebens. Diese Werteordnung gilt für alle, die hier leben. Auf dieser Basis entfaltet sich die Vielfalt unserer Lebensentwürfe: In Stadt und

Land, religiöser oder weltlicher, traditioneller oder moderner – so, wie wir eben leben wollen. Diese Vielfalt und die Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen macht unser Bayern stark.

Unser Bayern: Heimat für alle

Bayern ist unsere Heimat. Für manche von uns von Geburt an. Für manche von uns ist Bayern Heimat geworden. Beides ist uns gleich viel wert. Heimat ist das Dorf, in dem wir leben. Und Heimat bewahren heißt, dass wir Arbeit, Bildung, Freizeit und Pflege dort ermöglichen, wo Menschen in Bayern leben wollen. Heimat ist das Stadtviertel, in dem wir leben. Und Heimat bewahren heißt, dass niemand aus seinem Viertel verdrängt werden soll. Heimat ist mehr als ein Ort, Heimat ist Gemeinschaft, Sicherheit und Zusammenhalt. Unser Verständnis von Heimat richtet sich deshalb nicht gegen andere Menschen oder Teile der Bevölkerung.

Bayern ist immer wieder Heimat geworden: Für Hugenott*innen und Sudet*innen. Für Italiener*innen und Türk*innen. Für Rheinländer*innen und Berliner*innen. Und für viele andere. Sie alle haben Bayern mitgeprägt und mitgestaltet. Sie haben dazu beigetragen, Bayern zu einem so starken Land zu machen.

In Bayern geben wir Menschen eine Heimat. Unser Handwerk, unser Mittelstand und unsere Industrie brauchen die Einwanderung von Fachkräften. Ihnen

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 21. Juni 2018, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Chancen für alle: Arbeitsmarktpolitik in Erlangen
3. Anträge (siehe Seite 11)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

wollen wir das Ankommen und Einleben so einfach wie möglich machen.

Das gilt auch für Menschen, die in ihrer angestammten Heimat nicht mehr leben können. Wir tun das aus Verantwortung, aus Menschlichkeit, aus Nächstenliebe. Weil Bayerns Stärke Verpflichtung ist, mehr für die Schwachen und Verfolgten zu tun.

Modernes Bayern: Ein neuer Stil

Bayern braucht einen neuen politischen Stil und einen sachlichen Umgang mit den Herausforderungen. Wir wollen den Zusammenhalt in Bayern ganz praktisch stärken. Wie das geht, beschreiben wir konkret in unserem Programm.

Wir wollen Bayern gestalten – mit den Menschen die hier leben. Dazu gehört ein neuer Stil: Ernsthaftigkeit und Wertschätzung im Umgang miteinander – unter Politikerinnen und Politikern wie mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir hören zu und nehmen Sorgen und Probleme ernst. Wir diskutieren und wir suchen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern nach Lösungen.

Politische Maßnahmen müssen in erster Linie wirksam sein. Zu oft werden in der bayerischen Politik Scheinlösungen präsentiert, die nur auf schnellen Applaus zielen und die Problem nicht lösen. Zu oft werden öffentliche Mittel nach dem Gießkannenprinzip verteilt und nicht für die Menschen eingesetzt, die wirklich Unterstützung brauchen. Ein neuer Stil heißt auch: Effizientes Handeln statt Symbolpolitik. Gezielte Investitionen statt Klientelpolitik. Ehrlichkeit im Umgang mit den Grenzen po-

Workshops „Stadt der Zukunft“

Im Juni setzen wir unsere Workshops zum Thema „Stadt der Zukunft“ fort. Diskutieren wollen wir dabei über zwei auch in unserer Stadt immer wieder kontroverse Themen:

- Gewerbe: Samstag, 9. Juni, 11 bis 16 Uhr, IG-Metall-Saal
- Wohnen: Samstag, 30. Juni, 11 bis 16 Uhr, IG-Metall-Saal

Die Ergebnisse der insgesamt drei Workshops (im Mai haben wir bereits zu allgemeinen Themen und zum Verkehr diskutiert) wollen wir dann auf der KVM im Juli zusammenführen und diskutieren.

litischer Gestaltungsmöglichkeiten statt falscher Versprechungen.

Wir machen Politik im Dialog – nicht von oben herab. Den Dialog führen wir auf der Basis klarer Werte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir stehen für eine offene und tolerante Gesellschaft. Wir stehen für eine Gemeinschaft, die niemand ausschließt. Auf Basis dieser Werte machen wir Politik.

Und das heißt auch: Wir wollen es nicht allen rechtmachen, nicht immer mit allen einer Meinung sein. Aber wir nehmen alle ernst, die unsere Ansichten nicht teilen. Aber das gilt in beide Richtungen: Wer demokratische Spielregeln nicht akzeptiert, anderen Meinungen ihre Berechtigung abspricht und Intoleranz predigt, kann nicht unser Gesprächspartner sein. Mit allen anderen aber ringen wir um den richtigen Weg.

Wir wollen unsere Heimat für alle erhalten und stark machen. Mit guten Arbeitsplätzen, bezahlbarem Wohnraum und mehr Unterstützung für Familien. Wir wollen Digitalisierung und Innovationen so einsetzen, dass die unsere Heimat sozialer und lebenswerter machen.

Dafür steht die BayernSPD: Wir haben die Zukunft im Kopf und Bayern im Herzen.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 01.06. Wolfgang von Rimscha
81 Jahre
- 03.06. Heinz Triftshäuser
88 Jahre
- 04.06. Karin Zwanzig von Taboritzki
80 Jahre
- 06.06. Ruhi Teksifer
83 Jahre
- 06.06. Gisela von Rimscha
82 Jahre
- 07.06. Karl Gnad
88 Jahre
- 14.06. Edeltraud Gräber
65 Jahre

Hinweis: In diesem Monat erscheinen hier deutlich weniger Geburtstage als sonst. Dies liegt möglicherweise an ge-

Einladung zum Arbeitskreis Parteijubiläum

Liebe Genossinnen und Genossen, am 30. Januar 2020 jährt sich die Gründung der Erlanger SPD zum 150. Mal. Grund genug, dieses Jubiläum auch mit zahlreichen Aktivitäten der Partei zu würdigen. Auf das, was die SPD in 150 Jahren in Erlangen erreicht hat, können wir wahrlich stolz sein. Und das wollen wir im Jubiläumsjahr auch nach außen tragen.

Um mit den Vorbereitungen des Jubiläumjahres zu beginnen, laden wir Euch herzlich ein zu einem Treffen am

20. Juni, 20 Uhr, Löhestraße 61

Egal ob Du Dich für die Geschichte interessierst, die Erstellung einer Jubiläumsbroschüre unterstützen willst oder Lust hat, ein Jubiläumsfest zu organisieren - Du bist gefragt.

Bitte gib kurz Bescheid, wenn du dabei bist (sandra.radue@gmx.de).

Herzliche Grüße
Sandra



änderten, strikteren Datenschutzeinstellungen der Mitgliederverwaltung, genau hat sich aber bis Redaktionsschluss nicht mehr aufklären lassen, warum die übliche Geburtstagsabfrage deutlich weniger zurückliefert.

Falls ihr nicht namentlich erwähnt seid: Die Gratulation gilt selbstverständlich auch für euch!

Aufrecht, engagiert und kompetent – nicht nur für Kultur

Zum 65. Geburtstag von Ursula Lanig im Mai

Ursula Lanig ist eines der profiliertesten und bekanntesten Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion und des Erlanger Stadtrats insgesamt. Schon Jahre vor ihrem Einzug in das Kommunalparlament (2002) hatte sie sich mit ihrem „Herzenthema“, der städtischen Kulturlandschaft und -politik, sehr eingehend befasst, sich im direkten Kontakt mit den Akteur*innen in Kultureinrichtungen und Vereinen sowie vielen Künstler*innen tiefe Einblicke und fundierte Positionen erarbeitet. Ihr umfassendes Verständnis von Kultur schließt Soziokultur ebenso ein wie kulturelle Bildung und zielt in bestem sozialdemokratischen Sinne darauf ab, möglichst



allen Menschen durch Kennenlernen, Erleben und Gestalten die Chance zu bieten, ihren Horizont zu erweitern, sich persönlich weiterzuentwickeln und gesellschaftlich aktiv zu sein. Die Basis ihres politischen Engagements bilden die Abscheu vor Ungerechtigkeit und Diskriminierung, ihre klare Haltung für Demokratie und gegen jegliche rechts-extremistischen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen und der hohe Stellenwert von Bildung und lebenslangem Lernen. Ihre persönliche Art, stets aufgeschlossen auf Menschen und ihre Ideen und Anliegen zuzugehen, ihre hohe Begeisterungsfähigkeit und brennende Neugier auf Themen, Projekte, Vorgänge, die sie (noch) nicht kennt und erforscht hat, ihre Freude an Austausch und kontroversen Debatten, ihre Fähigkeit, Kritik zu äußern und anzunehmen, ihr souveränes Auftreten in der Öffentlichkeit, ihr enormer Fleiß und ihre hohe Kompetenz und Zuverlässigkeit haben ihr einen herausragenden Platz in der Erlanger SPD und im Stadtrat verschafft. Eine (unvollständige) Aufzählung der Vielzahl an Themen und Projekte, für die sie sich besonders eingesetzt hat, umfasst den Dechsendorfer Weiher, die Entwicklung der Altstadt,

die Ganztagsbildung, den Erlangen-Pass, den Frankenhof, die Sanierung von Kultur- und Schulgebäuden, die Weiterentwicklung von Theater, Museum, VHS und Kunstpalais, den Kita-Ausbau, Atelierräume für Künstler u. v. m. Besonders im Gedächtnis geblieben ist Vielen ihr Einsatz für ein (leider nicht realisiertes) Wissenschaftsmuseum im Museumswinkel und für die Fortführung des 2010 von Streichung bedrohten Figurentheaterfestivals.

Als stellvertretende Kreisvorsitzende hat sie 12 Jahre lang (bis 2009) dazu beigetragen, die Erlanger SPD in zum Teil schwierigen und konfliktreichen Zeiten zu einen und voranzubringen. Äußerst solidarisch hat sie

2002 die OB-Kandidatur von Wolfgang Vogel begleitet und sechs Jahre später sich selbst dieser schwierigen Herausforderung gestellt, ehe sie als eine wichtige Beraterin Florian Janik 2014 im Wahlkampf tatkräftig unterstützt hat.

■ **Von Barbara Pfister**
Vorsitzende der Stadtratsfraktion



Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende übernimmt sie wichtige Aufgaben – und vor allem sehr viel Arbeit - nach Innen und Außen, ist zu nahezu allen Themen stets sprachfähig und eines der „Aushängeschilder“ der Fraktion. In Fraktion wie Partei, in allen Wahlkämpfen und bei Bürgerentscheiden, konnten und können wir immer aus sie zählen, gleich ob es um strategische Überlegungen, Konzepte, Texte, Organisationsaufgaben oder schlicht die Präsenz bei Veranstaltungen und an Infoständen geht.

Liebe Ursel, für Dein außergewöhnliches Engagement, Deine konstruktiv-kritischen Beiträge zu unzähligen wichtigen Debatten und Deinen fairen und offenen Umgang mit den Menschen, die Dir in unserer Stadt und Deiner SPD begegnen, danken wir Dir aufrichtig. Für viele weitere gesunde, glückliche und erfolgreiche Jahre wünschen wir Dir alles Gute!

„Speed-Dating“ mit der SPD

Du bist im vergangenen Jahr in die SPD Erlangen eingetreten? Höchste Zeit, diese Partei und die Menschen, die ihr ein Gesicht geben, näher kennen zu lernen: Wir laden dich herzlich ein zu einem „**Speed-Dating mit der SPD.**“

Am **Freitag, 8. Juni** hast du von **17 bis 19 Uhr** die Gelegenheit, alle Fragen rund um unsere Partei und die Politik der SPD Erlangen los zu werden. Dabei stehen dir folgende Personen als Gesprächspartner zur Verfügung:

Dr. Florian Janik (Oberbürgermeister der Stadt Erlangen), Alexandra Hiersemann (Landtagsabgeordnete), Dieter Rosner (Kreisvorsitzender), Gisela Niclas (Bezirksrätin und Stadträtin) Philipp Dees (Landtagskandidat und Stadtrat), Barbara Pfister (Fraktionsvorsitzen-

de) sowie folgende Stadträtinnen und Stadträte: Munib Agha (zuständig für den Sprecherbereich Haushalt und Finanzen und Vorsitzender der Jusos), Christine Bauer (Arbeit), Anette Christian (Gesundheit und SeniorInnen), Dirk Goldenstein (Wirtschaft), Sandra Radue (Bildung) und Norbert Schulz (Sport).

Wir treffen uns im Nebenraum des Lokals „**Kaiser Wilhelm**“ (**Fichtestraße 2**) und freuen uns auf einen regen Gedankenaustausch.

Bitte gib uns bis Dienstag, 5. Juni unter buer0@spd-erlangen.de Bescheid, ob du dabei bist.

Herzliche Grüße
Sandra Radue, Dieter Rosner, Dirk Goldenstein

Kohnen Plus – Privates und Politisches auf dem Roten Stuhl

(kh) Im Rahmen der Gesprächsreihe „Kohnen Plus“ hatte Landtagskandidat Philipp Dees zu einem Gespräch zwischen der SPD-Spitzenkandidatin für die



Landtagswahl, Natascha Kohnen, sowie dem Erlanger Oberbürgermeister Florian Janik geladen. Der Innenhof des Palais Stutterheim war mit ca. 120 interessierten Gästen aus Partei und Öffentlichkeit gut gefüllt – darunter auch die Bundestagsabgeordnete Martina Stamm-Fibich, die Landtagsabgeordnete aus Erlangen-Höchstadt, Alexandra Hiersemann, sowie Bezirksrätin Gisela Niclas. Weiterhin waren einige Mitglieder der Erlanger SPD-Stadtratsfraktion sowie Altoberbürgermeister Dietmar Hahlweg vertreten.

Der erste Teil der Veranstaltung bestand aus einem lockeren Dialog zwischen Natascha Kohnen und Florian Janik. Dabei ging es zunächst darum, wie die beiden jeweils ihren Weg in die Politik gefunden hatten. Bei Kohnen war es unter anderem ihre Teilnahme an einem Protest gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Die massive Polizeigewalt dort hatte ihr verdeutlicht, dass in diesem Land etwas nicht stimmt. Später wurde sie mit einem weiteren Missstand konfrontiert: Nach ihrem Aufenthalt in Paris, wo sie ihren kleinen Sohn problemlos in der Kita unterbringen konnte, musste sie feststellen, dass

dies in Bayern keineswegs so einfach möglich ist – hier brauche man schließlich keine Kitas. Ein zufälliges Treffen mit der SPD-Bürgermeisterkandidatin von Neubiberg konnte sie schließlich dazu motivieren, selbst politisch aktiv zu werden. Zudem war sie von einem Auftritt von Helmut Schmidt sehr beeindruckt.

Bei Janik war es vor allem das Motiv „Kohl muss weg“. Bei seiner ersten Bundestagswahl nahm er Kohl als behäbige, stillstehende Figur wahr. Das Konzept von Rot-Grün vermittelte ihm hingegen eine ansprechende Alternative, so dass er sich dann selbst bei den Jusos engagierte. Auch die Person Gerhard Schröder faszinierte ihn. Jedoch war es nicht von vornherein sein Ziel, Oberbürgermeister zu werden. Er war quasi über ein Stadtratsmandat und den Fraktionsvorsitz in die Rolle „hineingewachsen“. Bezüglich seiner persönlichen Situation hatte er sehr vom Elterngeld profitiert – als er mit seiner Tochter zu Hause war, musste er jedoch feststellen, dass ein Vater mit Kind zu dieser Zeit noch als etwas Außergewöhnliches wahrgenommen wurde. Gewisse Schwierigkeiten sieht Janik bei der Vereinbarkeit seines Amtes mit der Familie: Auch die Familie ist nie wirklich privat, was manchmal als Belastung empfunden wird.

Dann geht es um die wichtigsten politischen Themen: Im Bereich Wohnen sind die stetig steigenden Mieten ein gewaltiges Problem, zudem sind Kita-Gebühren für viele Familien eine Belastung. Jungen Leuten fehlt aufgrund zunehmender Befristungen bei Arbeitsverträgen oft die Perspektive, außerdem stellen die aktuellen Wandlungen in der Arbeitswelt eine Herausforderung dar. Weiterhin zeigte sich Kohnen besorgt über die aktuellen Entwicklungen der

Gesellschaft und Politik, insbesondere die zunehmende Verrohung des Umgangs.

Im zweiten Teil der Veranstaltung hatte schließlich das Publikum die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Dabei kam das geplante neue Polizeiaufgabengesetz zur Sprache. Kohnen sieht darin eine Beschneidung der persönlichen Freiheit, da unter anderem die bisherige Trennung zwischen Polizei und Verfassungsschutz aufgeweicht wird. Zudem sei das PAG eine Reaktion auf ein zunehmendes Gefühl der Unsicherheit, welches nicht den objektiven Zahlen entspreche. Es sei eher auf den Personalmangel bei der Polizei zurückzuführen, durch den diese oft wenig präsent wirke. Die von der CSU geforderte bayerische Grenzschutzpolizei sei hingegen überflüssig und ein Signal der Abschottung, welches von den in Bayern lebenden MigrantInnen als Belastung empfunden würde. Auch das Kreuz in bayerischen Behörden sei in erster Linie eine Form von Anti-Islamismus. Statt Probleme tatsächlich zu lösen, würde die CSU hier versuchen, die AfD nach rechts abzurängen. Probleme gebe es tatsächlich: Junge Männer, die nichts zu tun haben, kämen eben unabhängig von Herkunft und Religion auf dumme Gedanken. Hier müsse man ansetzen und zum Beispiel den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Insgesamt müsse die Diskussion zur Asylpolitik sachlich ge-



führt werden, und nicht populistisch wie von Scheuer und Dobrindt.

Auch die Debatte um den Paragraphen 219a (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) wurde erwähnt. Hier kam die Forderung, dass insbesondere

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juli/August 2018
22. Juni 2018

die Frauen im Bundestag einen Aufstand machen sollten, um endlich einen freien Zugang zu objektiven Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen.

Weiterhin kam der Verkauf der GBW-Wohnungen zur Sprache. Hier wurde von Kohnen darauf hingewiesen, dass der Untersuchungsausschuss hierzu bereits seine Arbeit aufgenommen habe. Auch in Erlangen waren über 2.000 Wohnungen betroffen, wo nun wie befürch-

tet Mieterhöhungen festzustellen sind. Die Verkehrspolitik war ebenfalls ein Thema. Hier wurde vor allem die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit von Stadt und Land auf Augenhöhe betont.

Abschließend erklärte Kohnen, was aus ihrer Sicht nun für die SPD besonders wichtig sei: eine klare Vorstellung von der Zukunft Europas, einer gerechten globalen Wirtschaftsordnung, Klimapolitik sowie Friedenspolitik.



Frühzeitig für die Zukunft planen

Warum die SPD-Fraktion für das Entwicklungsgebiet „Erlangen-West III“ ist

In seiner Sitzung im Mai hat der Stadtrat mit der Mehrheit der Ampel beschlossen, die ersten Voruntersuchungen für ein künftiges Entwicklungsgebiet „Erlangen-West III“ aufzunehmen. Die SPD-Fraktion hat diesen Beschluss vor allem aus den folgenden Gründen unterstützt:

Zusätzliche bezahlbare Wohnungen notwendig

Zusätzliche Wohnungen werden auch in den nächsten Jahrzehnten in Erlangen benötigt. Denn es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner oder die Zahl der Arbeitsplätze zurückgehen wird, eher im Gegenteil. Und gleichzeitig steigt unter anderem durch den demographischen Wandel selbst bei gleichbleibender Bevölkerung der Wohnungsbedarf.

In Kürze wird aber das letzte noch im Flächennutzungsplan vorgesehene größere Baugebiet 413 (Büchenbach) ausgewiesen. Für die Zeit danach keine neuen Baugebiete zu planen, würde bedeuten, dass nach dessen vollständiger Bebauung Anfang bis Mitte der 2020er Jahre kaum noch Bauflächen zur Verfügung stünden – und für die wenigen Baulücken, die es noch gäbe, würden die viel höheren Preise des „freien Marktes“ verlangt. Das würde zum Beispiel dazu führen, dass junge Familien, die ein Reihenhaus oder eine Eigentumswohnung suchen, sich das Wohnen in Erlangen nicht mehr leisten könnten. Denn gerade junge Familien können die hohen Preise des „freien Marktes“ oft nicht bezahlen.

Gleiches gälte für bezahlbare Woh-

nungen beispielsweise für Pflegekräfte, Handwerkerinnen und Handwerker, Polizistinnen und Polizisten und viele mehr aus vergleichbaren Berufen: Die hohen Mieten und Wohnungspreise des freien Marktes sind für sie unbezahlbar.

Die nötigen bezahlbaren Wohnungen entstehen nur durch Neubau von Wohnungen und nur dann, wenn die Stadt

die Bodenpreise steuert – was sie nur bei ihren wenigen eigenen Grundstücken oder in Entwicklungsmaßnahmen wie „Erlangen-West III“ kann.

Verdichtungspotentiale werden genutzt

Seit dem Wechsel auf Oberbürgermeister Florian Janik werden zahlreiche Wohnungen neu gebaut. Um die Versiege-

Dialog und Gute Planung

Forderungen der SPD-Fraktion für das weitere Verfahren bei „ER-West III“

Die SPD-Stadtratsfraktion hat klare Anforderungen sowohl an die künftige Bebauung in Erlangen-West III als auch an den Prozess für die nächsten Jahre:

Dialog sowie ökologische und städtebauliche Untersuchung

Der jetzt gefasste Beschluss muss der Auftakt sein zu einem intensiven Dialog mit der Stadtgesellschaft und den betroffenen Landwirtinnen und Landwirten. Dazu wird es in den kommenden Monaten und Jahren der Voruntersuchung Gespräche und auch öffentliche Veranstaltungen geben. Mit dem Stadtratsbeschluss hat die Verwaltung nun das Mandat wie auch den Auftrag für einen solchen Dialog.

Im Rahmen dieses Dialogs muss auch über die ökologischen wie städteplanerischen Anforderungen gesprochen werden: Welche Flächen müssen von Bebauung zwingend freigehalten werden – die Hälfte des Gebiets soll ja nicht bebaut werden –, weil sie ökologisch be-

sonders wertvoll sind? Was ist notwendig an Infrastruktur bei Nahversorgung, Kitas, Schulen, Sport- und Freizeitanlagen etc.? Wie soll der Gebäudemix und die konkrete Gestaltung aussehen?

Darüber wird und muss es eine breite Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern geben.

Flächenversiegelung durch dichte Bebauung begrenzen

Klar ist für die SPD-Fraktion schon jetzt: Um die benötigte Zahl an Wohnungen auf möglichst wenig Fläche zu realisieren, ist eine Bebauung in vernünftiger großstädtischer Dichte notwendig. Das heißt: Keine reinen Einfamilienhaus-siedlungen, wie sie die CSU in Büchenbach-West gebaut hat, sondern ein Mix mit einem hohen Anteil an Geschosswohnungsbau, Reihen- und Doppelhäusern und relativ wenigen Einfamilienhäusern. So werden bereits heute unter SPD-Verantwortung die Baugebiete 412 und 413 in Büchenbach-West geplant.

lung im Außenbereich möglichst gering zu halten, lag der Schwerpunkt dabei auf Verdichtung: Sowohl in bestehenden Wohngebieten wurden zusätzliche Wohnungen errichtet, als auch die bereits vorgesehenen Baugebiete in Büchenbach dichter geplant: Dort gibt es jetzt mehr Wohnungen als vorgesehen, dabei auch vermehrt Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau und geförderte Wohnungen.

Diese Verdichtungspotentiale sind aber für die Stadt endlich. Wo es sie noch gibt, hat die Stadt keinen Zugriff auf die Flächen, weil sie sich im Privatbesitz befinden. Daher kann Nachverdichtung die Ausweisung weiterer Baugebiete nicht ersetzen.

Ökologisch verträgliche Entwicklung statt Zersiedelung und mehr Verkehr

„Erlangen-West III“ ist auch ökologisch verträglich, wenn man die Alternativen betrachtet: Entweder das Ausweisen anderer Gebiete im Stadtgebiet oder der Verzicht auf Bauflächen in Erlangen.

Würden in Erlangen andere Flächen ausgewiesen – z.B. in Kriegenbrunn, Hüttendorf oder Eltersdorf – würden in ähnlicher Größenordnung Flächen versiegelt – es wären aber viel mehr Gebiete und damit auch Landwirtinnen und Landwirte betroffen. Hinzu käme in der ökologischen Gesamtbilanz, dass bei vielen kleineren Baugebieten die Erschließung mit dem öffentlichen Nahverkehr schwieriger zu gewährleisten wäre als bei einem größeren zusammenhängenden Gebiet, außerdem lägen die meisten dieser Flächen weiter außen. Damit würden wahrscheinlich deutlich mehr Wege mit dem PKW zurückgelegt, mit allen Folgewirkungen wie Lärm, Abgasen und Platzbedarf für Straßen und Parkplätze.

Gibt es in Erlangen keine neuen Bauflächen, werden die Menschen im Umland nach Wohnungen suchen – mit noch negativeren ökologischen Folgen. Denn zum einen wären die Verkehrswege dann weiter. Damit würden z.B. auch weniger Menschen mit dem Rad fahren und dadurch der PKW-Verkehr nach Erlangen und die damit verbundenen Emissionen noch mehr zunehmen. Außerdem bedeuten längere Fahrstrecken auch immer mehr Energieverbrauch und mehr Flächenversiegelung für Straßen. Hinzu kommt dann noch, dass im Umland normalerweise weniger dicht gebaut wird als in der Stadt, d.h. niedrigere Häuser auf größeren Grundstücken. Die Flächenversiegelung und damit auch der

Verlust an landwirtschaftlichen Flächen wird so noch größer.

Frühzeitige Planung sinnvoll

Es ist die richtige Vorgehensweise, jetzt langfristig für die nächsten Jahrzehnte zu planen. Denn gerade die Landwirtinnen und Landwirte brauchen Planungssicherheit. Eine Vorgehensweise, bei der ein einzelnes Baugebiet ausgewiesen, dann bebaut und, wenn dieses voll ist, die Fläche für das nächste Baugebiet gesucht wird, schafft diese Planungssicherheit nicht. Dann ist immer unklar, ob und wann es wo eine weitere Siedlungsentwicklung gibt. Es gibt immer Spekulationen

und Unsicherheit. Der Zweifel, ob noch weitere Baugebiete ausgewiesen werden, führt zu steigenden Immobilienpreisen im Bestand. Und die Landwirtinnen und Landwirte wissen nicht, welche Flächen sie als nächstes aufgeben müssen und können nicht vorausschauend nach Ersatzflächen suchen.

Mit einer langfristig geplanten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme, wie dies Erlangen-West III sein wird, ist für die nächsten Jahrzehnte klar, welche Flächen in welchen Schritten ausgewiesen werden sollen. Damit wird für alle Sicherheit geschaffen.

Start in einen langfristigen Prozess

Was bei „Erlangen-West III“ geplant ist

Verfahren steht ganz am Anfang

Der Stadtratsbeschluss vom Mittwoch bedeutet den Auftakt zu einem jahrelangen Verfahren:

1. Im Rahmen der Voruntersuchung wird geklärt, wo in dem Gebiet Bauflächen liegen könnten, welche ökologischen Aspekte zu berücksichtigen sind, welche Freizeit-, Soziokultur-, Bildungs- und Nahversorgungseinrichtungen notwendig sind, wie die Verkehrerschließung funktioniert etc.
2. Es folgt ein ein Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan, das in mehreren Schritten erfolgt. Dabei soll maximal die Hälfte des Untersuchungsgebiets als Baufläche ausgewiesen werden.
3. Erst wenn dieses Verfahren abgeschlossen ist, können die ersten Baugebiete ausgewiesen werden. Das wird voraussichtlich erst Mitte der 2020er Jahre der Fall sein.

Umfangreiche Beteiligung geplant

Im Rahmen der Voruntersuchung und des anschließenden Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan wird es natürlich eine umfangreiche Beteiligung der betroffenen Landwirtinnen und Landwirte, der einschlägigen Verbände (z.B. Bund Naturschutz) und natürlich der Bürgerinnen und Bürger geben. Auch der Ortsbeirat Kosbach/Steudach/Häusling und der Stadtteilbeirat Büchenbach werden sich regelmäßig mit dem Verlauf der Voruntersuchung befassen.

Der Beschluss über die Voruntersuchung ist aber die Voraussetzung für solche Beteiligungsverfahren. Denn die

Stadtverwaltung kann natürlich nicht einfach ohne Legitimation durch den Stadtrat derartige Beteiligungsverfahren durchführen.

Untersuchungsgebiet viel größer als spätere Bauflächen

Das Untersuchungsgebiet für die Voruntersuchung reicht im Norden bis zur Bimbach, im Süden bis zum Rittersbachtal, im Westen zur Kieselbergstraße und im Osten bis zur bestehenden Bebauung entlang der Frauenaauracher Straße.

Mit 196 Hektar ist dieses Untersuchungsgebiet sehr groß. Es soll aber nur maximal die Hälfte des Gebiets, also knapp 100 Hektar, bebaut werden. Dieser Vorschlag der Verwaltung wurde auch durch einen gemeinsamen Antrag der „Ampelfraktionen“ ausdrücklich festgelegt.

Dass das Untersuchungsgebiet erheblich größer ist liegt daran, dass die Auswirkungen der Bebauung auf das Umfeld natürlich mit untersucht werden müssen. Außerdem sollen die Bauflächen innerhalb des Gebietes so platziert werden, dass der ökologische Eingriff möglichst gering ist. Auch deshalb ist ein größeres Untersuchungsgebiet nötig, weil der ökologische Wert einzelner Flächen erst noch untersucht werden muss.

In Abschnitten über Jahrzehnte

Die Bebauung des neuen Entwicklungsgebiets soll über Jahrzehnte in Abschnitten erfolgen – vergleichbar den beiden Entwicklungsgebieten „Erlangen-West I“ (Büchenbach-Nord) und „Erlangen-West II“ (Büchenbach-West).

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Studie zeigt: Kurswechsel in der Wohnungspolitik in Erlangen seit 2014 war dringend notwendig!

Für die SPD-Stadtratsfraktion sind die Ergebnisse einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) eine Bestätigung des seit 2014 eingeschlagenen Kurses. Die Ergebnisse zeigen, dass es bis 2014 zu einer immer stärkeren Konzentration von Bezieherinnen und Beziehern niedriger Einkommen bzw. von Sozialleistungsempfängerinnen und -empfängern in einigen Stadtvierteln gekommen ist, während in anderen Viertel kaum noch Menschen aus diesem Personenkreis leben. Erlangen weist in dem Index für 2014 ein der höchsten Ungleichheiten auf.

„Wir haben bereits 2014 begonnen, entschlossen gegen diesen Trend zu steuern“, so Philipp Dees, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Wohnen der SPD-Fraktion: „Wichtig ist dabei gerade die Quote für geförderten Wohnungsbau, die wir eingeführt und gerade erst erhöht haben: Denn diese sorgt dafür, dass überall dort, wo in größerer Zahl neue Wohnungen entstehen, auch Wohnungen für Menschen mit niedrigerem Einkommen geschaffen werden müssen; so leben Menschen verschiedener Einkommensgruppen miteinander. Daher wird dieses Instrument ja auch in der Studie des WZB ausdrücklich empfohlen.“

Dringend notwendig gewesen sei aber auch, so Dees weiter, bei den Neubaugebieten wieder auf eine Mischung von Geschoss- und Mietwohnungsbau, geförderten Wohnungen und Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern zu setzen: „In der Ära Hahlweg war es das erklärte Ziel der Stadtplanung, Stadtviertel für alle sozialen Schichten zu schaffen. Daran knüpfen wir nun an. Es war zum Beispiel völlig richtig, direkt am Rudeltplatz und damit in einem Gebiet, in dem vor allem Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen leben, zusätzliche Grundstücke für geförderten Wohnungsbau auszuweisen. Diesen Weg werden wir jetzt bei den weiteren Gebieten in Büchenbach-West und

im künftigen Entwicklungsgebiet Erlangen-West III fortsetzen: Mit mehr Geschoss- und Mietwohnungen und einer Fortsetzung der Grundstücksvergabe für Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern nach sozialen Kriterien und bei Geschosswohnungen mit klaren Auflagen zu den Mieten und Mieterhöhungen.“

In Quartieren, die besonders belastet sind, käme es zudem darauf an, gezielt die soziale Infrastruktur zu verbessern, so Dees weiter: „Das haben wir zum Beispiel für den Bereich Odenwaldallee auf den Weg gebracht. Ähnlich geht die Stadt im Bereich der Hertleinstraße, der Junkerstraße oder mit dem Bau des BBGZ vor, das insbesondere mit dem neuen Familienzentrum die Housing Area stärkt.“

SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister verweist darauf, dass in den Daten vor allem das Nicht-Handeln der Vorgängerregierung in der Wohnungspolitik zum Ausdruck komme: „Die Daten reichen bis 2014 und zeigen eine Zunahme der sozialen Segregation. Das ist nicht überraschend, wenn man sich daran erinnert, dass damals über Jahrzehnte so gut wie keine geförderten Wohnungen gebaut wurden und ganze Neubaugebiete ausschließlich für Einfamilienhäuser entstanden sind. Wenn man keine bezahlbaren Wohnungen schafft, dann steigen die Mieten auf dem freien Markt an. Und dann können sich immer weniger Menschen Wohnungen in der Stadt leisten – und das zunehmend nur noch dort, wo unsere städtische Wohnungsbau-Gesellschaft Gewobau noch günstige Wohnungen anbietet. Deshalb steigt die Konzentration von Menschen mit niedrigem Einkommen in ‚Gewobau-Vierteln‘ an. Das nicht gesehen und dem nicht entgegengewirkt zu haben ist das Versagen alter Mehrheiten.“ Die SPD-Fraktion geht das Problem der sozialen Segregation und Exklusion darüber hinaus in allgemeinerer Hinsicht an, wie mit dem ErlangenPass, dem Sozialticket oder der Stärkung der Soziokultur.

Für Dees ist die Studie auch Auftrag, in Bund und Land klare Regelungen zur Steuerung der Bodenpreise und der Mieten zu diskutieren: „Die Mietexplosion, die Menschen aus den Städten verdrängt und sie in einigen wenigen Vierteln konzentriert, lässt sich reduzieren: Neben

dem Wohnungsneubau vor allem durch eine strikte Mietpreisbremse, einen ausweiteten Mietspiegel und klare rechtliche Regelungen zum Milieuschutz. Es ist absurd, wenn die Neuvermietung einer Wohnung zu Preissprüngen im zweistelligen Prozentbereich führen kann – obwohl die Kosten für den Unterhalt der Wohnung gar nicht gestiegen sind. Bund und Land müssen hier endlich handeln. Auch auf der Ebene der Stadt werden wir weitere Möglichkeiten prüfen, die Auswüchse auf dem Mietmarkt einzudämmen.“

Fahrradprojekte schaffen neue Teilhabemöglichkeiten

Auf Initiative des Erlanger Ratschlags gegen Sozialabbau schafft die Stadt mit einem Fahrradprojekt bei der städtischen Gesellschaft zur Förderung der Arbeit (GGFA) Teilhabemöglichkeiten für Langzeitarbeitslose – und schärft gleichzeitig das Profil Erlangens als Fahrradstadt. Dabei werden unterschiedliche Instrumente der Arbeitsförderung gebündelt.

Los geht es bereits im Sommer: Dann werden in einer Qualifizierungsmaßnahme fünf Plätze bereitgestellt, die in zwei Teilzeitarbeitsplätze übergehen. Diese Kräfte werden sich um die Wartung, Bereitstellung und Buchung der städtischen Dienstfahrräder und der öffentlich entlehbaren Lastenfahrräder kümmern. Außerdem sind die Beschäftigten für den Verleih an städtische Besuchergruppen zuständig.

Im Januar 2019 soll dann die Fahrrad-Servicestation am Erlanger Bahnhof starten, mit deren Betrieb der Stadtrat jetzt die GGFA beauftragt hat. Die Station soll nahe der geplanten Fahrradabstellanlage am Bahnhof untergebracht werden. Dort werden zusätzlich sechs Voll- bzw. Teilzeitplätze für Langzeitarbeitslose über das neue Förder-Regelinstrument „Soziale Teilhabe“ entstehen und zwei geförderte Ausbildungsplätze für Zweiradmechaniker eingerichtet. Die Beschäftigten sind für Betrieb und Wartung der Fahrradparkanlage zuständig und sollen eine Werkstatt sowie weitere Serviceangebote vorhalten. Die neuen

Projekte werden mit der bereits von der GGFA betreuten Fundfahrradverwaltung und der Schrottfahrradbeseitigung bestehender Fahrradparkanlagen eng verknüpft.

Einbahnstraßenregelung kann Verkehrsentslastung schaffen

In der Innenstadt belastet der Durchgangsverkehr die Bewohnerinnen und Bewohner zentraler Straßenzüge mit Lärm und Schadstoffen. Eine nachhaltige Entlastung der Innenstadt vom motorisierten Durchgangsverkehr lässt sich durch die Kombination einer Einbahnstraßenregelung in der Neuen Straße mit Geschwindigkeitsbegrenzungen auf weiteren Straßenzügen erreichen. Dies ist das Ergebnis einer umfassenden Bewertung verschiedener Szenarien zur Gestaltung des innerstädtischen Autoverkehrs, die das Referat für Planen und Bauen dem Forum Verkehrsentwicklungsplan vorgestellt hat. Bewertet wurden dabei unter anderem die Entlastung der Bevölkerung von Lärm bzw. Schadstoffen, die bauliche Machbarkeit, die Erreichbarkeit der Innenstadt sowie die Synergien mit dem ÖPNV, Fuß- und Radverkehr.

Basierend auf dem Bewertungsergebnis empfiehlt die Verwaltung ein Stufenkonzept mit einer möglichst baldigen Realisierung des ersten Schrittes. Vorgesehen ist eine Einbahnstraßenregelung mit Fahrtrichtung Ost in der Neuen Straße mit Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Neuen Straße, der Henkestraße sowie der Spardorfer Straße. Die Erreichbarkeit der Kliniken insbesondere auch für die Rettungsfahrzeuge ist gewährleistet, die Essenbacher Straße würde kaum merklich mehrbelastet. „Sofern der Stadtrat die Realisierung der Maßnahme beschließt, könnte die Wirkung zunächst in einem Probebetrieb untersucht werden“, so Josef Weber, Referent für Planen und Bauen. Abhängig von den verkehrlichen Wirkungen kann dann gegebenenfalls zusätzlich eine Einbahnstraßenregelung in der Spardorfer Straße zur weiteren verkehrlichen Entlastung ergänzt werden.

Das vorgestellte Konzept erreicht nach heutiger Einschätzung das Ziel, die Innenstadt verkehrlich zu entlasten und damit Schadstoffe zu reduzieren, ohne Sperrungen einzelner Straßenabschnitte

für den Autoverkehr. Ob die ursprünglich als Maximalszenario vorgestellte Sperrung im Bereich der Güterhallenstraße sinnvoll ist, kann erst nach der Umsetzung der oben genannten Maßnahmen abschließend beurteilt werden. Für diese Diskussion müssen in jedem Fall die konkreten Planungen des Raumordnungsverfahrens zur Stadt-Umland-Bahn abgewartet werden, das Ende 2018 bzw. Anfang 2019 eingeleitet wird.

Die Ergebnisse werden im Juni in den Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss eingebracht und sollen am 26. Juni im Rahmen einer Informationsveranstaltung auch nochmals öffentlich vorgestellt werden, auch der Stadtteilbeirat Innenstadt soll informiert und mit dem Thema befasst werden. Für die Juli-Sitzung des Stadtrats ist schließlich eine Beschlussvorlage zu den Planfällen vorgesehen.

Nähere Informationen zu den Planfällen und den Bewertungsergebnissen finden sich auf der VEP-Homepage: www.vep-erlangen.de/start/.

Stadtrat stimmt für Neubau des Werkstättegebäudes der Berufsschule

Der Stadtrat hat im Mai der Vorplanung für den Neubau des Werkstättegebäudes auf dem Campus Berufliche Bildung zugestimmt. Der Neubau soll an der Stelle entstehen, wo sich heute entlang der Schillerstraße ein viergeschossiger Gebäudeteil des gewerblichen Traktes befindet. Der Verwaltungs- und IT-Trakt der Schule soll saniert werden.

Die vom Stadtrat beschlossene Variante sieht zwei parallel angeordnete Gebäuderiegel vor, die durch Brücken verbunden sind. Der Zwischenraum dient als überdachte Aufenthalts- und Kommunikationszone. Da die Gebäude unabhängig voneinander errichtet werden, sind die Einschränkungen im laufenden Betrieb gering. Ebenso sind die Risiken in der Bauabwicklung geringer als bei der Sanierungsvariante, gegen die sich der Stadtrat mehrheitlich entschied. „Der große Neubauanteil ist in langfristiger Perspektive im Betrieb nachhaltiger. Wir können Barrierefreiheit besser umsetzen und auch die Standards einer zunehmend von der digitalisierten Arbeitswelt geprägten ‚Berufsschule 4.0‘ berücksichtigen“, sagte Bau- und Planungsreferent Josef Weber.

Die Verwaltung schätzt aktuell die Gesamtkosten für den Bau auf rund 57 Millionen Euro. Zum derzeitigen Planungsstand sind aber noch Abweichungen von bis zu 20 Prozent möglich. Mit den Bauarbeiten soll Mitte 2020 begonnen werden, die Fertigstellung ist bis 2026 vorgesehen. Kultur- und Bildungsreferentin Anke Steinert-Neuwirth begrüßte den Schritt. „Die duale Berufsausbildung ist eine zentrale Säule unseres Bildungssystems und unserer kommunalen Bildungslandschaft. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Erlangen für diesen Bereich möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen. Mit der Erneuerung des Werkstättentrakts gehen wir einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Campus berufliche Bildung.“

Verbesserter Lärmschutz an der A 73

Der Freistaat Bayern und die Stadt Erlangen wollen die Untersuchungen zur Verbesserung des Lärmschutzes entlang der Autobahn A 73 weiter vertiefen. Dies ist das Ergebnis einer gemeinsamen Besprechung mit Innenminister Joachim Herrmann, der Stadt Erlangen und der Autobahndirektion Nordbayern. Alle Beteiligten sind sich einig, dass eine Verbesserung des Lärmschutzes nicht bis zu einem Ausbau der Autobahn aufgeschoben werden könne. „Die Probleme, die der Lärm bei den Menschen verursacht, fordern Lösungen“, sagte OB Florian Janik. Die Verkehrsbelastung würde sogar einen sechsstreifigen Ausbau und damit auch verbesserten Lärmschutz zwar begründen. „Aber der Ausbau ist im Bundesverkehrswegeplan nicht als vordringlich eingestuft, weshalb nun andere Maßnahmen zur Verbesserung des Lärmschutzes diskutiert werden müssen“, so Janik weiter.

In den Blick nehmen die Planer nun in den kommenden Monaten den Autobahnabschnitt der A 73 zwischen der Tennenloher Straße und der Anschlussstelle Erlangen-Bruck. Ausgehend vom Kreuz Fürth/Erlangen ist die Verkehrsbelastung in diesem Bereich der A 73 besonders hoch, das Kreuz im Süden wird ohnehin ausgebaut. Aus städtebaulicher Sicht könnte der Abschnitt die Möglichkeit bieten, die durch die Autobahn bestehende Trennung Brucks aufzuheben. Die bestehenden Untersuchungen, die die Stadt Erlangen angestellt hatte, sollen mit Blick auf Städte-

bau und Lärmschutz vertieft werden.

Mehr geförderter Mietwohnungsbau

Die Quote für geförderten Mietwohnungsbau im Geschosswohnungsbau wird angehoben. In Zukunft soll ein Anteil von 30 Prozent statt bisher 25 Prozent der neu über Bebauungspläne ausgewiesenen Geschossfläche für den geförderten Mietwohnungsbau gesichert werden. Die Regelung gilt dann, wenn das Baugebiet mindestens 24 Geschosswohnungen umfasst.

Die Quote, die seit 2014 gilt, ist bisher bei zwei Neuausweisungen von Wohngebieten angewandt worden: Im Baugebiet 411 in Büchenbach entstehen so mehr als 100 neue geförderte Mietwohnungen, im Wohnquartier „Hans-Geiger-Straße“ rund 200 neue geförderte Mietwohnungen. Mit dem Baugebiet 412 und dem Wohnquartier „Isarstraße“

sind derzeit Maßnahmen in Vorbereitung, bei denen rund 120 und 55 neue geförderte Mietwohnungen entstehen. Insgesamt werden aufgrund der Quote in den nächsten Jahren etwa 480 neue geförderte Mietwohnungen fertiggestellt werden.

Über diese Vorgaben hinaus treibt die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU den Bau von gefördertem Wohnraum voran. So werden derzeit 164 geförderte Mietwohnungen in der Brüxer Straße errichtet, die teilweise schon bezogen sind. Auch in der benachbarten Housing Area baut die GEWOBAU aktuell etwa 400 neue geförderte Mietwohnungen. Zusätzlich plant die GEWOBAU etwa 220 weitere neue geförderte Mietwohnungen in der Junkersstraße, in der Johann-Jürgen-Straße und der Odenwaldallee.

Die Lage bleibt jedoch angespannt: Der städtischen Wohnungsvermittlung liegen über 1.800 Anträge von Wohnungssuchenden vor, die sich keine

Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt leisten können.

Baumaßnahmen auf verschiedenen Spielplätzen

Die bundesweit geltenden Sicherheitsvorgaben für öffentliche Spielplätze und Freizeitanlagen wurden überarbeitet. Der städtische Eigenbetrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung hat deshalb insbesondere die Fallschutz- und Sicherheitsbereiche älterer Spielgeräte überprüft. Festgestellt wurde, dass einzelne Spielgeräte nicht mehr den aktuellen Sicherheitsanforderungen entsprechen. In den nächsten Wochen und Monaten werden deshalb auf verschiedenen Spielplätzen weitere Um- und Rückbauten erfolgen. Erste Maßnahmen wurden bereits eingeleitet.

Eine ausführliche Übersicht zu den anstehenden Maßnahmen gibt es unter: www.erlangen.de/spielplatzbuero.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 21. Juni

Antragssteller: Munib Agha (auf Bitte des geschäftsführenden Kreisvorstands)
AdressatInnen: Keine

Monat für Monat werden neue Rekorde bei den Arbeitslosenzahlen vermeldet. Selbst bei der Gruppe der Langzeitarbeitslosen ist neuerdings ein Rückgang zu verzeichnen. Waren es bis 2015 noch um die eine Million Langzeitarbeitslose, waren es im Juni 2017 nur noch knapp über 900.000. Doch auch hier gilt, dass ein detaillierter Blick in die Arbeitslosenstatistik auf immer noch vorliegende Probleme bei der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen hinweist.

Grund für das Sinken der Langzeitarbeitslosigkeit ist hier nämlich nicht die erhöhte Integration von Langzeitarbeitslosen in den primären Arbeitsmarkt, sondern die Tatsache, dass immer mehr Kurzarbeitslose innerhalb von 12 Monaten (also bevor sie statistisch gesehen als Langzeitarbeitslos gelten) in einen Job vermittelt werden. Im Jahr 2015 gab es noch 736.000 Neueintritte in die Langzeitarbeitslosigkeit, im Zeitraum Juli 2016 bis Juni 2017 waren es nur noch 655.000. Der Rückgang dieser Übertritte erklärt sich vor allem

durch eine verstärkte Förderung von Arbeitslosen, bevor sie langzeitarbeitslos werden. Die absoluten Zahlen der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den primären Arbeitsmarkt haben sich indes verschlechtert: Waren es im Jahre 2014 noch 199.000 Langzeitarbeitslose, bei denen eine Integration in den primären Arbeitsmarkt gelungen ist, waren es vom Juli 2016 bis zum Juni 2017 nur noch 178.000. Von je 1.000 Langzeitarbeitslosen können im Folgemonat nur 16 eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Bei den Kurzarbeitslosen sind es 102. Mit ein Grund für diese Diskrepanz ist, dass Hartz-IV-Empfänger:innen deutlich weniger gefördert werden als Arbeitslose, die noch in der Arbeitslosenversicherung stecken. Rein rechnerisch gesehen werden für ALG-II-Bezieher:innen rund 1.800 Euro ausgegeben, bei Bezieher:innen von ALG I 3.640 Euro. Maßnahmen der beruflichen Bildung bzw. die zu einem Abschluss führen werden für erstere kaum angeboten.

Wer ist von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen?

Im Jahresschnitt waren 2016 473.000 der damals insgesamt 993.000 Lang-

zeitarbeitslosen zwischen einem und zwei Jahren arbeitslos, 199.000 zwischen zwei und drei, 120.000 zwischen drei und vier und 236.000 suchen schon seit mehr als vier Jahren nach einer Erwerbstätigkeit.

Von Arbeitslosigkeit sind Frauen etwas stärker betroffen als Männer. Vor allem aber Geringqualifizierte und ältere Menschen haben ein deutlich höheres Risiko, langzeitarbeitslos zu werden. So ist die Anzahl der Langzeitarbeitslosen über 55 konstant geblieben, die der Geringqualifizierten sogar gestiegen.

Was sind die Ursachen von Langzeitarbeitslosigkeit?

Erstmal bleibt festzuhalten, dass Langzeitarbeitslosigkeit ein Folgeproblem der Massenarbeitslosigkeit ist, die, wenn man die Zahl der Unterbeschäftigten nimmt (die die tatsächliche Zahl der Arbeitslosigkeit besser trifft als die offizielle Arbeitslosenzahl der BA), momentan bei etwa 3,4 Millionen liegt. Dem gegenüber stehen aber nicht einmal 900.000 offene Stellen. In der Konkurrenz um diese freien Stellen werden Langzeitarbeitslose in der Regel den Kürzeren ziehen, zumal die Qualifikati-

onsanforderungen der offenen Stellen und den Qualifikationen der Langzeitarbeitslosen eine große Diskrepanz aufweisen. Hinzu kommt, dass nur die Hälfte der Langzeitarbeitslosen eine abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen kann, wohingegen nur 20 Prozent der offenen Stellen keinen Berufsabschluss als Einstellungsvoraussetzung vorweisen.

Strukturschwache Regionen sind besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ist auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen deutlich höher. Selbst mit Berufsabschluss gestaltet sich das Finden einer Stelle in strukturschwachen Regionen deutlich schwieriger als in den strukturstarken.

Sozialer Arbeitsmarkt als Mittel zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

Schon seit mehreren Jahren gibt es diverse vom Bund und Europäischen Sozialfonds geförderte Programme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Eines davon ist das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, das noch bis zum Ende des Jahres läuft. Gefördert werden seit 2015 über 20.000 Langzeitarbeitslose, die seit mindestens vier Jahren im SGB-II-Bezug, älter als 35 und alleinerziehend bzw. gesundheitlich eingeschränkt sind. Gefördert werden Arbeitsverhältnisse, die mindestens mit Mindestlohn vergütet werden. Die Maßnahmen sind auf drei bzw. zwei Jahren beschränkt.

Ebenfalls erfolgreich und in Baden-Württemberg und Thüringen bereits im größeren Rahmen vollzogen ist der sogenannte Passiv-Aktiv-Tausch. Hierbei werden die Regelleistung, die Kosten der Unterkunft und die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung dafür aufgewendet, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finanzieren. Die Evaluation des Projektes aus dem Jahr 2016 belegt die positiven arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Effekten.

Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wurde die Einführung der Förderung von öffentlicher Beschäftigung („Teilhabe am Arbeitsmarkt für Alle“) als Regelinstrument innerhalb des SGB II festgeschrieben. Vorgesehen ist eine Milliarde pro Jahr für 150.000 Arbeitslose. Heruntergerechnet ergibt das einer monatlichen Summe von 556 Euro pro Person. Damit würde sie zwar höher liegen als bei den sogenannten Ein-Euro-Jobs (406 Euro), aber deutlich niedriger

als beim Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (1.253 Euro). Die Finanzierung regulärer Arbeitsplätze ist also nur annähernd gewährleistet, wenn dieses Regelinstrument auch mittels Passiv-Aktiv-Tausch finanziert wird.

Ob die vorgesehene eine Milliarde Euro pro Jahr auch tatsächlich für die Förderung eines sozialen Arbeitsmarktes ausgegeben werden kann, ist aus heutiger Sicht ebenfalls fragwürdig. Seit der massiven Kürzung der Gelder für die Jobcenter im Jahre 2010 durch schwarz-gelb, werden Mittel für Eingliederungsleistungen dafür zweckentfremdet, um die Personal- und Verwaltungskosten zu decken. Für das Jahr 2016 betrug diese Summe 900 Millionen Euro, für dieses Jahr wird es voraussichtlich eine Milliarde sein.

Forderungen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit:

- Einbettung eines flexiblen Regelinstrumentariums im SGB II, das auf individuelle Bedürfnisse der Langzeitarbeitslosen eingeht: Die Absicht der Großen Koalition, das Programm „Teilhabe am Arbeitsmarkt für Alle“ im SGB II zu verankern, ist zu begrüßen. Dennoch stellt es erstmal nur einen ersten Schritt dar. Ziel muss es sein, Fördermaßnahmen im SGB-II-Recht so zu implementieren, dass Jobcenter vor Ort auf die individuellen Bedürfnisse und Problemlagen der Langzeitarbeitslosen eingehen können. Die Beteiligung an den Angeboten muss dabei freiwillig bleiben. Der Sozialpolitiker Stefan Sell schlägt dabei folgende Formulierung im SGB II vor:

- (1) Für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten können auch Kosten übernommen werden. Die Arbeitsgelegenheiten sollen in der Regel von vorübergehender Dauer und für eine bessere Eingliederung des Hilfesuchenden in das Arbeitsleben geeignet sein.
- (2) Werden für den Hilfesuchenden Arbeitsgelegenheiten geschaffen, kann ihm entweder das übliche Arbeitsentgelt oder Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt werden.
- (3) Ist es im Einzelfall erforderlich, die

Gewöhnung eines Hilfesuchenden an eine berufliche Tätigkeit besonders zu fördern, soll ihm für eine notwendige Dauer eine hierfür geeignete Tätigkeit oder Maßnahme angeboten werden. Während dieser Tätigkeit wird dem Hilfesuchenden eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt.

- (4) Soweit es im Einzelfall geboten ist, kann auch durch Zuschüsse an den Arbeitgeber sowie durch sonstige geeignete Maßnahmen darauf hingewirkt werden, dass der Hilfeempfänger Arbeit findet.
- (5) Der Träger der Grundsicherung soll Hilfeempfänger zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern. Zu diesem Zweck kann dem Hilfeempfänger bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit ein im Regelfall befristeter Zuschuss gewährt werden.

Da insbesondere Alleinerziehende bzw. Haushalte mit Kindern, in denen beide Elternteile erwerbslos sind, besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, soll auf deren Förderung ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Die oben auf gegliederten Langzeitarbeitslosenzahlen zeigen, dass die anvisierten 150.000 geförderten Stellen nicht ausreichend sind und schrittweise auf etwa das doppelte erweitert werden müssen.

Die Erfahrungen insbesondere aus den Optionskommunen zeigen, dass eine individuelle Förderung am besten durch professionelle Beschäftigungsunternehmen, wie die Gesellschaft zur Förderung von Arbeit (GGFA) in Erlangen, realisiert werden. Die Bundesagentur muss deswegen die Kommunen dabei unterstützen entsprechende Strukturen vor Ort aufzubauen.

- Jobcenter entlasten und ausreichende Ressourcen bereitstellen: Das Hartz-IV-System muss und kann entlastet werden, um Ressourcen für eine verbesserte Betreuung von Langzeitarbeitslosen freizusetzen. Ein relevanter Teil der Leistungsberechtigten bezieht heute Hartz IV, weil das Erwerbseinkommen oder andere Sozialleistungen nicht reichen, um den Lebensunterhalt zu be-

streiten.

Neben Verbesserungen auf der Lohnseite – etwa indem Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können – müssen die dem Hartz-IV-System vorgelagerten Leistungen, vor allem das Wohngeld und das Kindergeld, weiterentwickelt werden. Kein Haushalt mit einem Einkommen aus Vollzeit-Erwerbstätigkeit soll Hartz IV beziehen müssen, nur weil er Kinder hat oder die Wohnkosten zu hoch sind. Um ihre anspruchsvollen Aufgaben bewältigen zu können, benötigen die Jobcenter eine bessere Personalausstattung. Im Bundeshaushalt müssen die notwendigen Mittel für Personal- und Verwaltungskosten bereitgestellt werden. Dies ist heute nicht der Fall. Die Jobcenter sind gezwungen, Finanzmittel zu Lasten der aktiven Förderung (Eingliederungstitel) umzuschichten, um Personal- und Verwaltungskosten finanzieren zu können. Deswegen fordern wir, das SGB-II-Gesamtbudget für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten zusätzlich um eine Milliarde Euro zu erhöhen. Zur Förderung öffentliche Beschäftigung können

die vorgesehenen eine Milliarde Euro ebenfalls nur ein erster Schritt sein. Wie oben bereits dargelegt können damit nämlich nur sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, falls auch ein Passiv-Aktiv-Tausch vollzogen wird. Dabei liegt es in der Hand der Bundesländer, ob die jeweilige Landesregierung den kommunalen Passiv-Aktiv-Tausch erlaubt oder nicht. Bisher weigert sich zum Beispiel der Freistaat Bayern, dieses Instrumentarium einzusetzen.

- **Stärkung der beruflichen Bildung:** Arbeitslose sollen künftig einen Rechtsanspruch auf Beratung zur Weiterbildung erhalten. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Teilnehmende an einer abschlussbezogenen Weiterbildung müssen verbessert werden. Der Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen muss erleichtert werden. Dazu gehören zu den Fördermaßnahmen passende Angebote der Kinderbetreuung, Weiterbildung in Teilzeit. Insbesondere muss mit besonderen Angeboten auf Menschen mit negativen Bildungserfahrungen eingegangen. Ebenso wie im Bereich der Arbeitslosenversicherung muss auch

im Hartz-IV-System ein Haushaltstitel für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung geschaffen werden.

- Für Ältere ab 50 Jahren muss die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes um bis zu sechs Monate verlängert werden, falls eine Integration in den Arbeitsmarkt trotz verbesserter Förderung nicht früher gelingt. Die Teilnahme an einer Weiterbildung darf zukünftig nicht mehr auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden, das heißt, Zeiten einer Weiterbildung mindern nicht die Anspruchsdauer.
1. • Die Hartz-IV-Regelsätze müssen grundlegend neu hergeleitet und auf ein bedarfsdeckendes Niveau angehoben werden. Die Regelsätze müssen wirksam vor Armut schützen und auch soziale Teilhabe ermöglichen. Wie der DGB fordern wir eine Sachverständigenkommission einzusetzen, bestehend aus Wissenschaftler:innen, Vertreter:innen der Tarifparteien, von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie von Betroffenenorganisationen. Diese Kommission soll eine Empfehlung für den Gesetzgeber entwickeln.

Rebecca Friedrich
Kundenberaterin in der Geschäftsstelle
Herzogenaurach – Haydnstraße



Banking ist einfach.



sparkasse-erlangen.de


Ihre Sparkasse für zuhause
und unterwegs!

Jetzt auch mit
paydirekt

direkt GIRO – das kostenlose* Online-Konto bietet Ihnen umfangreiches und sicheres Online- und Mobile-Banking via PC, Tablet und Smartphone-App.

Alle Informationen erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter Telefon 09131 824-0 (Mo. – Fr. jeweils von 8:00 bis 20:00 Uhr).

* chipTAN-Generator einmalig 17,09 € inkl. Versand; Für die pushTAN Benachrichtigung 0,04 €. Wird nur erhoben, wenn die TAN vom Kunden angefordert, der Zahlungsauftrag vom Kunden mit der bereitgestellten TAN erteilt worden und dieser der Sparkasse zugegangen ist.
Stand: 11/2017

 Stadt- und Kreissparkasse
Erlangen Höchststadt Herzogenaurach

Nach links oder in die Mitte?

Wege und Ziele der Sozialdemokratie

In der April-Ausgabe des Monatsspiegels habe ich die besorgniserregende Lage der Sozialdemokratie beklagt. Dabei habe ich festgehalten, dass es vor allem die Haltung unserer Partei war, die diese Lage verschuldet hat: Unsere Partei leidet an einem Mangel an programmatischem Mut, Stetigkeit und Konsequenz. Zu zaghaft sind viele unserer Entwürfe, zu wenig Stehvermögen haben wir, sie zu verteidigen. Wie ist dem beizukommen? Es ist an der Zeit, nicht mehr nur zu fordern, die Partei möge sich „erneuern“ oder „etwas Großes“ im Hinblick auf ihr Programm erschaffen, sondern Gedanken zu äußern, welchen Weg unsere Partei einschlagen soll.

Im Allgemeinen werden die Perspektiven der Sozialdemokratie wie folgt beschrieben: Entweder, man probe den „Linksruck“ oder aber man steuere beherrscht „in die Mitte“. Insbesondere Kommentatoren in der Presse verweisen seit Jahren immer wieder auf diese beiden Möglichkeiten. Nicht selten folgt nach Aufzählung beider Möglichkeiten der Hinweis, beides sei ohnehin aussichtslos. Links stehe ja die Linkspartei und im Zweifel wähle man „das Original“. Der Weg in die Mitte sei schließlich verbaut, denn dort stehe ja Merkel.

Neuerdings gesellt sich ein neues Gegensatzpaar zu diesen Szenarien. Im Prinzip wird das Gleiche beschrieben, nur nicht mehr mit Richtungsangaben etikettiert. Auf der einen Seite, so heißt es, könne man sich an Macron orientieren. Auf der anderen Seite winke, für viele verlockend, von den Britischen Inseln Corbyn. Auf der einen Seite also die Möglichkeit, sich an einem als linksliberal beschriebenen, im Zweifel pragmatischen Reformen zu orientieren. Auf der anderen Seite ein Politiker mit klar linksgerichtetem Programm.

Ein dritter Vorschlag kommt von unserem ehemaligen Parteivorsitzenden: „Das Leben der Menschen jeden Tag ein bisschen besser machen“. Dem steht seit kurzem eine ehrgeiziger überschriebene Idee gegenüber: der ehemalige Kanzlerkandidat Steinbrück fordert nicht weniger als einen „neuen Dritten Weg“.

Mit plakativen Bezeichnungen und schnellen Etikettierungen wird die Sozialdemokratie aber nicht weiterkommen.

Lassen wir zu, dass man unser Vorgehen als „nach links“ oder „in die Mitte“ gerückt charakterisiert – man wird uns sofort die Aussichtslosigkeit unseres Tuns attestieren. Orientieren wir uns an Macron oder Corbyn, so werden wir fehlerhaft. Beider Programm liegt begründet in den besonderen Umständen ihres jeweiligen Landes. Nach nunmehr acht Jahren konservativer Herrschaft voller radikaler Sparkurse und tiefer Einschnitte in soziale Leistungen wundert es nicht, dass Corbyns Programm Anklang findet. Sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat vor der letzten Wahl des Unterhauses besorgt über die wachsende soziale Schieflage im Vereinigten Königreich berichtet. Sein mangelnder Einsatz gegen Antisemitismus kann aber nicht scharf genug kritisiert werden. Und wen könnte es wundern, dass sich Frankreich einem jungen und entschlossenen auftretenden Reformen zuwendet, nachdem ein allzu zögerlicher Präsident enttäuscht hat?

Soll es ein „neuer Dritter Weg“ sein? Das ist allzu plakativ und kaum geeignet, einen programmatischen Aufbruch zu beschreiben. Das Leben der Menschen jeden Tag ein bisschen besser machen? Es ist sicherlich richtig, dass es nicht unsere Aufgabe ist, Luftschlösser zu bauen, Ideen umzusetzen, die sich am Ende nur in der Theorie auswirken. Aber genau diese Haltung – das Leben der Menschen ein bisschen besser zu machen – hat unsere Partei zu kurzfristigem und detailverliebtem Denken verleitet – auf Kosten ehrgeizigerer Ideen.

Welcher Weg ist also einzuschlagen? Seit jeher hat es die Sozialdemokratie als ihre Aufgabe angesehen, das Gemeinwesen menschlich zu gestalten und Sorge dafür zu tragen, dass der Fortschritt allen zugutekommt. Carlo Schmid hat dies eindringlich zusammengefasst. Ziel der Sozialdemokratie sei eine Welt, „deren Umstände akzeptiert werden können, ohne dass auf Selbststachtung verzichtet zu werden braucht – eine Welt, in der Wirtschaft, Gesellschaft, Staat vermenschlicht sind, in der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit nicht nur als Schlagworte, sondern als gelebte Wirklichkeit herrschen können“.

Der Handlungsbedarf ist größer denn

■ Von Ulrich Wagner



je und betrachtet man die politische Entwicklung, so wird man feststellen, dass unser Anliegen immer schwerer zu verwirklichen ist. Christian Stöcker hat in seiner Kolumne für Spiegel-Online (25. März 2018) den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt als nunmehr exponentielle Entwicklung bezeichnet. Dies ist in zweierlei Hinsicht spürbar: Zum einen ist die alte Frage neu gestellt, wie die Früchte dieses Fortschritts gerecht verteilt werden können, so dass alle profitieren und dass niemand als „Verlierer“ zurückbleibt. Führt man sich vor Augen, dass die Ungleichheit bei der Verteilung von Vermögen und Einkommen beständig wächst – nie wurde dies so sehr beklagt wie in den letzten Jahren –, führt man sich zudem vor Augen, dass düstere Szenarien – insbesondere Prognosen, wie viele Arbeitsplätze durch die Digitalisierung verloren gehen könnten – in letzter Zeit häufiger gestellt werden und mehr und mehr für realistisch gehalten werden, so muss man zu dem Schluss kommen, dass Fortschritt in zunehmendem Maße als bedrohlich empfunden wird. Es sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um sicherzustellen, dass er sich zum Nutzen aller Menschen auswirkt und nicht zum Vorteil weniger und zum Schaden vieler. Zum anderen stellt sich eine neue Frage: Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler halten mittlerweile fest, dass sich neben dem bekannten Verteilungskonflikt ein „Wertekonflikt“ (so hat es Steinbrück bezeichnet) zwischen den beiden Polen der „Weltoffenheit“ und der „Abschottung“, der Betonung der nationalen Identität, aufbaut. Es scheint, als bestehe ein gesteigertes Bedürfnis, in all der Veränderung Sicherheit durch die Einbindung in eine vertraute Gemeinschaft zu erreichen. Diese beiden Entwicklungen stehen nicht unverbunden nebeneinander. Ganz im Gegenteil: Der französische Politikwissenschaftler Rosanvallon hat sehr anschaulich gezeigt, wie in der Vergangenheit Fortschritt, Globalisie-

rungstendenzen und Verteilungsungerechtigkeit mit einer solchen Betonung nationaler Identität und sogar mit Nationalismus, der übersteigerten, ausgrenzenden und herabsetzenden Form dieser Haltung, beantwortet wurden. Dies droht uns auch heute: Unter dem Deckmantel einer fürsorglichen Politik, die Sicherheit in den großen Veränderungen unserer Zeit zu gewähren behauptet, wird von Rechtspopulisten genau der engstirnige, intolerante Geist zur Geltung gebracht, der allen Menschen abträglich ist und der ein Gemeinwesen ins Unglück stürzt. Laut sind die Rufe geworden, die uns vorwerfen, wir würden unser kulturelles Erbe verleugnen – wer

hat das jemals getan? – und nationalistische Argumentationsmuster drohen wieder gesellschaftsfähig zu werden. Wir haben viel zu tun, die Offenheit, die Toleranz und die Freiheit, die jede/r bei der Gestaltung ihres/seines Lebens hat, zur Geltung zu bringen, so wie sie durch unsere Verfassung eigentlich als Grundsätze unseres Gemeinwesens längst festgeschrieben sind.

Vor uns liegen nach alledem zwei Aufgaben: Die Kräfte des technischen Fortschritts so nutzbar zu machen, dass sie allen zugutekommen und die Grundsätze der Offenheit, Toleranz und Freiheit zu verteidigen und angemessen zur Geltung zu bringen. Dabei wird es uns nicht

helfen, in jenen Mustern zu denken, die ich oben erwähnt habe. Nur eine unvoreingenommene, ernsthafte und umfassende Analyse und Diskussion innerhalb der Partei und Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen wird uns wieder stark machen. Wir werden unsere Politik an vielen Stellen überdenken müssen. Auch unsere Sozialdemokratische Partei hat zeitweise eine Politik mitgetragen, die Wettbewerb und Konkurrenz mehr betont, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere die Verteilungsgerechtigkeit und den Gedanken des sozialen Ausgleichs, aber vernachlässigt hat. Mehr folgt in Kürze.

Die Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes: Maßlos – ja; verfassungswidrig – nur teilweise

Kommentar zum Leitartikel im Monatsspiegel Mai 2018

Philipp Dees nennt im Monatsspiegel Mai 2018 in seinem Fazit über die geplante Novellierung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (im Folgenden nur noch: BayPAG) dieses komplett verfassungswidrig.¹ Diesem Urteil ist entschieden zu widersprechen. Dafür gibt es verschiedenen Punkte zu nennen:

1. Es ist nicht zu bestreiten, dass die Novellierungen des BayPAG 2017, 2018 entschieden und auch, wie richtig erkannt, massiv in die Grundrechte der Bürger eingreifen. Allerdings bedeutet ein Eingriff in diese Grundrechte nicht gleich die Verfassungswidrigkeit, denn dann wäre schon zum Beispiel die Festnahme eines Straftäters verfassungswidrig. Jeder Eingriff muss gerechtfertigt sein, dann ist ein Gesetz oder ein Akt der öffentlichen Gewalt erst verfassungskonform (inkl. der Verhältnismäßigkeit).
2. Des Weiteren muss unbedingt angemerkt werden, dass die Verwan-

zung, Durchsuchung, auch Online, der Wohnung verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist, da das Bundesverfassungsgericht dies schon in diesem Umfang genehmigt hat. Darüber hinaus muss es der Polizei gestattet werden, sich bei der Strafverfolgung/-verhinderung auf die neuen Technologien zu stützen und sich so immer auf der Höhe der Zeit befindet.

Ich betone ausdrücklich, wie das Bundesverfassungsgericht, für solche Eingriffe muss eine richterliche Verfügung bestehen.

3. Weiterhin sind die geplanten Einsätze einer Body-Cam im Streifendienst sowie der Einsatz von Drohnen oder Bildaufnahmen auf Demonstrationen nicht zu beanstanden, da beides der Strafverfolgung/-verhinderung nützlich sein kann. Nur es sollte transparent dargelegt werden, was mit den Aufnahmen passiert.
4. Zu guter Letzt muss auch gesagt werden, dass die bayerischen Polizeibeamten nie willkürlich handeln dürfen, sondern meistens ein Richter die Maßnahmen absegnet und akzeptiert. Teilweise sind auch die Zusagen des obersten Polizeibeamten in Bayern zulässig, dies sind aber die Ausnahmen.

Nichts desto trotz sind auch Passagen dabei, die verfassungswidrig sind,

■ Von Mark Schuster

allerdings aus dem Jahre 2017 und nicht aus dem Jahre 2018:

1. Der Begriff der „drohenden Gefahr“ ist zu weit gefasst, da es in der Definition der bedeutenden Rechtsgüter zu viele Punkte enthält, sodass er zu unbestimmt ist. Dabei könnte unter der Definition jeder potenzielle Mörder oder jeder Besucher in einem Club-Spiel fallen, da die Gefahr drohe, dass er das Leben, die Gesundheit oder die Freiheit anderer gefährdet. Dies verstößt gegen den Bestimmtheitsgebot des Rechtsstaatsprinzips aus Art. 20 III GG.

Zur Ehrenrettung dieses Begriffes muss darauf hingewiesen werden, dass auch hierfür eine konkrete Wahrscheinlichkeit eines individuellen Verhaltens gefordert ist. Dogmatisch wäre dies also auch eine „konkrete Gefahr“, aber trotz alledem ist der Begriff zu unbestimmt.

2. Die Ausweitung der Vorbeugehaft auf drei Monate ist nicht nachvollziehbar und schießt über das Ziel des Erlaubten hinaus und ist unverhältnismäßig. In allen anderen Punkten gebe ich

¹ Hinweis des Autors des Leitartikels Mai: Diese Aussage ist falsch. Das Fazit des Leitartikels im Mai lautete wörtlich: „Nach Einschätzung vieler Juristinnen und Juristen ist die von der CSU-Mehrheit geplante Ausweitung dieser Befugnisse [also bestimmter, zuvor ausgeführter Regelungen des PAG] verfassungswidrig.“ Dass das PAG oder auch nur dessen Novelle in Gänze verfassungswidrig sei wurde damit eben genau nicht ausgesagt.

Philipp Recht, dass die meisten Eingriffe in die Grundrechte zu weit gehen und das eigentliche Ziel – Verhinderung von Straftaten, bevor diese begangen werden – durch die Staatsregierung völlig unverhältnismäßig erreicht werden soll.

Wären die bedeutenden Rechtsgüter, die von einer „drohenden Gefahr“ betroffen sind, nicht so weit gefasst, sondern nur auf die Terrorabwehr beschränkt, dann wäre ich mit den Maßnahmen ohne Einschränkungen einverstanden.

Zu guter Letzt noch ein paar persönliche Worte: der politische Weg der BayernSPD ist in keinster Weise so produktiv, dass für den Wahlkampf und in langfristigen Sphären eine vernünftige Strategie für eine Sicherheitspolitik vor-

liegt. Ulrich Wagner hat uns, der Erlanger SPD, eine sozialdemokratische Strategie dargelegt, die zum ich persönlich auch für richtig finde (Evaluierung von bestehenden Polizeigesetzen, Sozialarbeiter für Prävention, etc.).

Einzig auf Demonstrationen zu setzen und damit die Staatsregierung zu beeindrucken, ist – auch langfristig gedacht – nicht der richtige Weg (ich möchte bei Leibe niemanden sein Demonstrationsrecht absprechen, nicht falsch verstehen).

Erschreckend fand ich dann, dass die meisten Bürger den Medien, die beide Novellierungen in einen Topf geschmissen haben, einfach geglaubt haben, ohne sich selber zu informieren. Aus diesem Grund lehne ich persönlich

eine Teilnahme an einer der gelaufenen Demonstrationen ab, da in keiner abschließenden Konsequenz gehandelt wird (erst Enthaltung, dann große Ablehnung: das ist ein Widerspruch) – aber ich betone nochmals: für mich als persönliches Urteil.

Auch wenn dies vielleicht nicht den Anschein gemacht habe, aber ich finde, man sollte diese Novellierung des BayPAG 2018 mit allen legalen Mitteln „bekämpfen“ und für die 2017er-Novellierung auf den bayerischen Verfassungsgerichtshof hoffen, dass er dieses Neuordnungsgesetz 2017 durch drei Popularklagen für nichtig erklärt. Aber ich plädiere auch für eine Differenzierung und Analyse aller Nachrichten, die man hört, bevor man sich blind ein Urteil fällt.

Professor Kauffmann und die FDP – Wahlkampf oder wissenschaftlicher Diskurs?

Am 3. Mai lud Professor Kauffmann vom Lehrstuhl II Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte den Parteivorsitzenden der Freien Demokratischen Partei (FDP), Christian Lindner, im Rahmen eines Kolloquiums unter dem Titel „Die Zukunft der Demokratie in Deutschland und Europa“ ein, um ca. eine Stunde vor weit über 100 Studierenden zu sprechen.

„Nicht weiter problematisch“ denkt man sich, wenn man weiß, dass Herr Lindner studierter Politikwissenschaftler ist und der Rahmen der Veranstaltung sowohl ihn als auch Professor Kauffmann dazu zwingt, Lindners Beiträge wissenschaftlich zu gestalten. Es ist ihm von Seiten der Universität untersagt, seinen Vortrag zu Wahlkampfzwecken für die FDP zu nutzen, die um den Einzug in den Landtag bei den Wahlen im Oktober bangen muss. Natürlich wurde das Ereignis von der Liberalen Hochschulgruppe, einer dezidiert politischen Gruppe, (online) beworben und Mitgliederanträge wurden fleißig vor Ort verteilt. Das ist soweit auch in Ordnung.

Doch bereits vor der Veranstaltung fanden Studierende Anstoß an der Veranstaltung selbst und taten ihren Unmut durch das Verteilen von Flug-

blättern im Hörsaal kund. Auf diesen wurden die Großspenden an die FDP im Jahr 2017 sowie die Rolle Professor Kauffmanns als Vertrauensdozent der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit problematisiert.

Auf Grund einer einstündigen Verspätung Lindners versuchte Professor Kauffmann die Gelegenheit zu nutzen, sich gegenüber den Vorwürfen des Flugblatts zu rechtfertigen.

Auf Nachfrage einer Studentin stellte er sich trotz seiner offensichtlichen Affiliation mit der liberalen Stiftung als „politisch objektiv“ dar, nur um im selben Atemzug – in Bezug auf den 200. Geburtstags von Karl Marx – marxistische Denker mit den Gräueln des Faschismus gleichzusetzen. Nur wenige Tage später sollten die Jungen Liberalen Baden-Württemberg einen ähnlich obskuren Vergleich auf ihrer Facebook-Seite teilen.

Dem Arbeitskampf gegen das Kapital nur wenige Minuten später den politischen Inhalt abzusprechen – und das nur zwei Tage nach dem Ersten Mai – widerspricht ebenfalls der selbst zugesprochenen, politischen Objektivität Kauffmanns. Als ein Student das Thema gendergerechter Sprache kritisierte, rechtfertigte der Professor etwa nicht

■ Von Otto Schuhmacher

diese Form der geschlechtlichen Gleichstellung, sondern ließ sich zu folgendem Statement hinreißen: „Ich kämpfe seit 30 Jahren für die Rechte der Männer und habe nichts erreicht“.

Weitere rhetorische Perlen Kauffmanns auf kritische Stimmen zum Vorwurf des Missbrauchs der Veranstaltung zu Wahlkampfzwecken der FDP tat er mit Aussagen wie „Wir bieten auch Seminare zur politischen Argumentation an“ und „Das Dauersprechen der Sophistik dient dem Einlullen des Zuhörers und nicht dem politischen Argument“ ab. Die Ironie dieser Aussage aus dem Mund des Professors für politische Philosophie ging ihm dabei gänzlich abhanden.

Die Einladung von Politikern anderer Parteien in künftigen Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums lehnte Kauffmann ab. Es sei nicht seine Aufgabe, Politiker anderer Couleur einzuladen, das könnten schließlich auch die Studenten selbst. Als sich ein Kommilitone zu Wort meldete und meinte, es wäre

der Studierendenvertretung in der Vergangenheit durch die Universität unter sagt worden eine Veranstaltung in ihren Räumlichkeiten abzuhalten zu der nur eine Politikerin der Partei die Linke eingeladen worden wäre, tat dies Professor Kauffmann mit einer Handbewegung ab und wechselte das Thema.

Soviel zum Thema Sophistik. Soviel zum Thema liberaler Meinungs austausch. Soviel zum Thema politische Objektivität der Universität. Scheinbar gelten gewisse Regeln nicht, wenn man einen Lehrstuhl innehat.

Als schließlich Herr Lindner den Raum betrat war die Erwartung an die wissenschaftliche Natur seines Vortrags von den Studierenden entsprechend hoch und wurde kläglich enttäuscht:

Lindner definierte sich vorweg in seiner Rolle als Politiker als „wissenschaftliches Objekt der Erkenntnis“. Soll heißen: Lindner durfte zwar offiziell keine parteipolitischen Wahlkampf machen, de facto machte er aber genau das und verkaufte es als wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn für die Studierenden:

Lindner präsentierte über eine Stunde trotz Verspätung seine liberalen Vorstellungen (ohne auf theoretische Grundlagen des Liberalismus einzu-

gehen), teilte in Richtung aller Parteien außer der eigenen aus (Grüne, SPD, Linke, Union und AfD) und machte sich über kritische Wortmeldungen lächerlich. Wahlkampf eben. Herr Lindner vertrat nicht nur seine „persönlichen Positionen zu 90 Prozent“ (Zitat Lindner), sondern gab auch mit viel Charme und Witz eine direkte Wahlempfehlung zu seiner Partei ab. Ebenso riet er von der Wahl von „Randparteien“ ab und nannte dort namentlich neben der AfD auch die Partei die Linke. Niemand trägt das Herrn Lindner nach, er ist Politiker, die FDP steht in Bayern auf 6 Prozent. Natürlich macht er Wahlkampf. Das klang allerdings unmittelbar vor dem verspäteten Auftreten Lindners aus dem Mund von Professor Kauffmann ganz anders, der die Objektivität der Veranstaltung vergeblich beschwor.

Eine Entschärfung der geladenen Stimmung im Saal wäre durch die Ankündigung möglich gewesen, dass man in Zukunft darauf achten werde, neben ökonomisch rechten Parteienvertreter auch ökonomisch linke Parteienvertreter im Rahmen seines Kolloquiums die Möglichkeit der Wortmeldung zu geben. Diese Möglichkeit hat Professor Kauffmann allerdings bewusst ver-

säumt.

Fakt ist, dass Professor Kauffmann im Rahmen seiner Veranstaltung Christian Lindner und der FDP eine Wahlkampfplattform dargeboten hat, die nichts mit dem angekündigten „wissenschaftlichen Diskurs“ zu tun hat, sondern die politische Präferenz des Professors widerspiegelt. Möchte der Professor zu seiner Darstellung stehen, dass dieser Vortrag rein wissenschaftlicher Natur war, dann möchte er doch bitte erklären auf welche wissenschaftliche Theorie sich Lindner stützt, wenn er in seiner „wissenschaftlichen Analyse“ „demokratischen Sozialismus“ mit einem „vegane Schlachter“ vergleicht. Das ist nicht nur geschmacklos, sondern auch zutiefst politisch, polemisch und unwissenschaftlich.

Es ist großartig, dass Professor Kauffmann prominente Politiker an die Universität holt. Allerdings muss der Rahmen solcher Veranstaltungen entweder mehr als eine Stimme erlauben oder die Vorgaben für die Wissenschaftlichkeit des Vortrags müssen weit strenger ausgelegt werden als bisher. Die Betitelung dieser Veranstaltung als „wissenschaftlich objektiv“ ist allerdings schlicht unzutreffend.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch recht herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 20. Juni, 19 Uhr, Sportheim FC Dechendorf, Camping- straße 38

Als **Tagesordnung** schlagen wir vor:

1. #SPDerneuern – Diskussion zur Erneuerung der SPD (Ideen, Vorschläge).
2. Wie können die Distriktversammlungen attraktiver und moderner gestaltet werden (Öffnung für alle, Diskussion mit den Vereinen, Dialog mit eine(r)m Gastredner(in), z.B. über die Zukunft der Arbeit, Klimaschutz mit CO₂-Abgabe, sozialer Abstieg mit

Hartz IV, Rente, gerechte Steuerreform)?

3. Flyer (Vorschlag) zum Bürgerbus für Senioren und AWO.
4. Haushalt 2019: Fuß- und Radweg zwischen Weisendorfer Straße und Brühl.
5. Aktuelle Themen im Stadtteil: Fuß- und Radweg an der Südwestseite der Kreisverkehrsinsel Röttenbacher Straße/Altkirchenweg (Unfallgefahr), Info zum Konzept Naherholungsgebiet Dechendorfer Weiher, Info zum zentralen Verkehrsübungsplatz mit Freizeitflächen.
6. Verschiedenes

Wir würden uns sehr freuen, alle Mitglieder recht herzlich begrüßen zu können.

Mit solidarischen Grüßen
Tanja Amon (Vorsitzende)
Gerhard Carl (stellvertretender Vorsitzender)

■ Distrikt Dechendorf

Vorsitzende:

Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 20. Juni,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzender:

Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Liebe Genossin, lieber Genosse,
wir möchten dich ganz herzlich zu unserer nächsten Distriktversammlung einladen. Diese findet statt am

**Dienstag 12. Juni, 19:30
Uhr, Gemeindezentrum
Frauenaarach (Geisbühl-
straße 4)**

Folgende **Tagesordnung** wird vorgeschlagen:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Berichte aus den Ortsbeiräten
4. Polizeiaufgabengesetz – Vortrag und Diskussion mit Mark Schuster
5. Sonstiges

Über eine zahlreiche Teilnahme und rege Diskussion würden wir uns sehr freuen.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Distriktsversammlung am 8. Mai

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt

2. Aktuelles

- Es wird ein Stellvertreter für den OBR Frauenaarach gesucht. Aufruf per Mail folgt.
- Unsere Sitzungen starten ab sofort um 19:30. Es ist so für einige Mitglieder einfacher, zu den Sitzungen zu kommen.
- Es gibt eine Anfrage zu einem SPD

Schaukasten in Kriegenbrunn. Ein Schaukasten mit der Größe A1 kostet ca. 150 Euro. Zuschuss wird beim Kreisverband beantragt.

- Plakate werden in Zukunft an Hartmut Wiechert gesendet und in die Sitzung mitgebracht. Dann Aufteilung an die Personen, die die Plakate aufhängen.
- Sitzung zur Hortsituation mit Birgit Hartwig und Reinhard Rottmann am 12. Juni kann nicht stattfinden, da beide abgesagt haben. Daher ist eine Sitzung zum Polizeiaufgabengesetz geplant. Dazu wird eine Referent angefragt.
- Anfrage an Philipp Dees für Wahlkampfveranstaltung im Oktober gestellt. Er will Rückmeldung geben, sobald die Wahlkampfplanung steht.
- Veranstaltung von AG60plus mit Johanna Ueckermann zu den Grundwerten der SPD am 13. Juni. Zahlreiches Erscheinen auch von Jüngeren ist erwünscht.

3. Berichte aus den Ortsbeiräten

Ein Termin mit Orts- und Stadtteilbeiräten sowie dem Oberbürgermeister hat stattgefunden. Der Termin wurde in zwei Sitzungen aufgeteilt, da es sonst zu lange gedauert hätte.

Im Gespräch wurden Informationen und aktuelle Themen ausgetauscht. Unter anderem wurde berichtet, dass die Orts- und Stadtteilbeiräte ab sofort ein Budget abhängig von der Einwohnerzahl haben, welches frei verwendet werden darf. Die Stadt prüft dann nur noch die rechtliche Situation.

4. #SPDerneuern – Diskussion zur Erneuerung der SPD

Nähere Details, siehe auch „Prozess zur Erneuerung der SPD – Beschluss des SPD-Parteivorstand“ und Online-Umfrage #SPDerneuern als pdf unter <https://www.spd.de/spderneuern/>

Am 22. April hat ein Bundesparteitag

stattgefunden. Dort wurde der Prozess zur Erneuerung der SPD beschlossen.

Im Zentrum stehen vier grundsätzliche programmatische Fragen:

- Wachstum, Wohlstand und Wertschöpfung im 21. Jahrhundert
- Die Zukunft der Arbeit
- Ein bürgerfreundlicher Staat, der Schutz und soziale Teilhabe ermöglicht
- Deutschlands Rolle in einer sich rasant verändernden Welt

Zu jedem Thema wird es ab Mitte Mai ein Impulspapier mit starken, widersprüchlichen Thesen geben. Und dann ist unsere Meinung gefragt. Die Diskussion geht überall in der Partei los – in den Gliederungen, den Arbeitsgemeinschaften, schnellstmöglich in vier Online-Themenforen und anderen Gruppen. Wesentliche Meilensteine sind:

- Ende 2018 Debattencamp1 #Meine.Idee

Ende 2018 können alle, die mitmachen, auf einem ersten Debattencamp ihre eigenen Thesen, Ideen und Vorschläge präsentieren und sich mit den anderen Gliederungen und Gruppen austauschen. Ziel ist es, die Diskussion wieder zusammenzuführen und eine erste Gewichtung der Debatte vorzunehmen. Jede und jeder kann teilnehmen, egal ob Mitglied oder nicht! Klar ist: Wir diskutieren und nehmen so viel wie möglich auf. Wer mitentscheiden will, muss Mitglied werden.

- Klausur Parteivorstand 2019

In den Impulspapieren werden vor allem Fragen aufgeworfen. Bis zur Klausur des Parteivorstandes 2019 werden unsere Impulse zu einem „Thesenpapier“ verdichtet und beraten.

- Debattencamp2 – Wir diskutieren weiter

Nach der Klausur des Parteivorstandes geht die Debatte weiter. Wir haben die Möglichkeit, die noch strittigen Punkte in den Regionen, in den Arbeitsgemeinschaften und Onlineforen zu diskutieren. Die Ergebnisse werden auf dem Debattencamp2 vorgestellt und debattiert. Das Debattencamp2 werden wir in acht regionalen Konferenzen organisieren

- Bundesparteitag Ende 2019 – Orientierung für die Zukunft

Am Ende des Programmprozesses wird aus unseren Thesen der Leit Antrag für den Parteitag 2019 erstellt. Nach ausführlicher Diskussion in den Gliederungen wird der Parteitag den Leit Antrag beraten und beschließen.

Darüber hinaus soll der Parteitag 2019 im Sinne der Erneuerung noch mehr Beteiligung ermöglichen.

Bereits beschlossen wurden auch weitere Elemente, die folgendermaßen unterteilt wurden:

- Mehr Beteiligung ermöglichen
 - Regelmäßige Mitgliederbefragungen seit Frühjahr 2018
 - Moderne Parteiarbeit und Zielgruppenansprache (Mitte 2018)
 - Mehr Dialogformate (2018-2019)
 - Digitale Beteiligung
 - SPD-App (Frühjahr 2019)
 - Online-Themenplattformen (2019)
- Gleichstellung und Vielfalt
 - Wissenschaftliche Analyse (Ende 2018)
 - Stabsstelle für Gleichstellung (Mitte 2018)
 - Doppelspitze im Ortsverein seit Frühjahr 2018 testweise möglich
- Strukturen stärken:
 - Analyse aller 299 Bundestagswahlkreise (Ende 2018)
 - Zukunftsprogramm Ost (Ende 2018)
 - Wahlen: Europawahl Mai 2019, Landtagswahlen

Es wurde dazu eine Debatte geführt, ob die beschlossenen und geplanten Punkte tatsächlich die Zukunft der Partei verbessern können. Dies wurde kritisch gesehen, da viele Punkte bisher nur mit hohlen Phrasen und Platzhaltern versehen sind.

Anschließend wurde die Online-Umfrage zu #SPDerneuern diskutiert. Gut 50.000 Genossen haben daran teilgenommen und Fragen zu politischer Beteiligung, Zufriedenheit mit dem Ortsverein, Verbundenheit mit der SPD uvm. beantwortet.

Die Fragen und Antworten wurden diskutiert und werden in die Arbeit des Distrikts einfließen. So haben sich z.B. 47 Prozent der Befragten gewünscht, dass eine bessere Zusammenarbeit mit anderen Ortsvereinen stattfindet. Außerdem wünschen sich 43 Prozent eine stärkere kommunalpolitische Debatte. Insgesamt sind nur 53 Prozent mit dem Ortsverein zufrieden, hier gibt es definitiv die Chance, besser zu werden.

5. Sonstiges:

Nächste Sitzungen am 12. Juni und 10. Juli.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

■ Distrikte

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am 19. Juni, 20 Uhr, Kulisse

Unsere weiteren Termine 2018: 24. Juli,

18. September, 16. Oktober, 13. November und 11. Dezember. 16. Oktober und 11. Dezember werden gemeinsame Sitzungen mit den Jusos sein.

Für den Vorstand
Monika Fath-Kelling

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Sitzung

am Mittwoch, den 13. Juni, 20 Uhr, Bürgertreff, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Bericht aus dem Stadtrat
2. Stadtteilbeirat
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen
Franziska Herberger und Dr. Andreas Richter
für den Vorstand

Vorhaben von Stadtregierung und -verwaltung. Regelmäßiger Gegenstand bei unseren Distrikts-Meetings waren u. a. die größeren Bauvorhaben in unserem Betreuungsbereich wie beispielsweise in der Rathenau (hier auch Stichwort „Baumfällarbeiten“), der Komotauer und Brüxer Straße, der Ausgleichskanal Nürnberger Straße und weitere.

Franziska Herberger berichtete kurz über aktuelle Aktivitäten des Stadtteilbeirates und Andreas Richter mit Robert Thaler über aktuelle Themen aus dem Stadtrat (Stichpunkte z. B. mittelfristig anvisierte Bauprojekte ostwärts des Röthelheimbades oder in Büchenbach sowie die Städtepartnerschaft mit der Südtiroler Landeshauptstadt Bozen).

Allerdings kam aus der Versammlung heraus auch die Anregung, dass wir uns nicht zu sehr auf Baumaßnahmen und Verkehrsführungen fokussieren, sondern auch häufiger Themen wie Kunst und Kultur, Sport und Freizeit, Kinder- und Jugendförderung etc. Raum geben sollten.

Robert Thaler gab einen Überblick über die Ein- und Ausgaben des Berichtszeitraums; nachdem die beiden Revisoren die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung nach Prüfung bestätigt hatten, erfolgte die einstimmige Entlastung durch die Versammlung.

Thomas Klosner
(Protokollführer)

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 18. April

Gemeinsam ließen wir noch einmal wesentliche Schwerpunkte des vergangenen Jahres Revue passieren: Einhellig begrüßt wird von den Anwesenden die Installation der Stadtteilbeiräte mit Blick auf eine allgemein höhere Transparenz sowie Einbeziehung der Bevölkerung im Vorfeld nennenswerter

- on mit Verwaltung
- 3) Vorbereitung der Ortsbeiratssitzung
- 4) Vorbereitung KV
- 5) Ideensammlung TB
- 6) Verschiedenes

Weitere Ankündigung:

Distriktsversammlung am 10. Juli, 19 Uhr, Schlossgaststätte.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 12. Juni, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Spielplätze in Tennenlohe, Kooperati-

Protokoll der Distriktversammlung vom 10. April

Top 1: Aktuelles

Der Distrikt diskutiert die neuen Diskussionsformen in der Partei, wie Online-Mitgliederbefragung und Telefonkonferenzen mit Ministern. Dass die Partei mit neuen Kommunikationsformen neue Mitglieder ansprechen will, wird durchaus positiv gesehen, leider sind die neuen netzbasierten Kommunikationsformen oft auch schwierig zu bedienen und fehleranfällig.

TOP 2: Diskussion der Ortsbeiratssitzung vom 15. März

Rolf beklagt, dass leider immer noch kein Protokoll der Sitzung vorliegt. Die Überschrift eines Artikels in den Erlanger Nachrichten zur Trassenführung der STUB durch Tennenlohe wird als zu reißerisch eingeschätzt und wird der tatsächlichen Diskussionsführung nicht gerecht. Auch die ablehnende Reaktion der Stadtverwaltung auf Wünsche und Anregungen des Ortsbeirats – z.B. zur Vorfahrtsregelung der Graslitzerstraße in den Heuweg oder zu Hinweisschildern der Apotheke werden als wenig kooperativ angesehen.

Die nächste OBR-Sitzung findet am 5. Juli im Feuerwehrhaus statt.

TOP 3: StUB-Trassenbegehung

Rolf stellt die aktuellen Trassenplanungen für die StUB durch Tennenlohe vor. Neben der schon frühzeitig vorgestellten Gleisführung über die Reutleser Brücke und einem Rechtsschwenk über das Wetterkreuz, westlich an der B4 entlang und zurück zur Sebastiansstraße, werden auch zwei weitere Alternativen diskutiert:

- Linksschwenk auf dem Wetterkreuz und über das Industriegebiet oder
- östlich entlang der B4.

Alle Varianten haben Vor- und Nachteile. In einer öffentlichen Trassenbegehung am 2. Mai können sich die Tennenloher Bürger über die aktuellen Planungen informieren und Vorschläge einbringen.

TOP 4: Bericht aus der Fraktion

Betreuungsstadtrat Andreas Richter berichtet aus der Fraktion. Er erläutert den Haushaltsansatz, in dem vielfältige Investitionen in die Zukunft Erlangen vorgesehen sind. Neben der Renovierung des Frankenhofs, der Planung für die StUB und der Weiterführung der

Schulsanierung wird vor allem in die Förderung von Kindern und Langzeitarbeitslosen investiert. Der Stellenzuwachs von rund 50 Stellen im aktuellen Haushaltsplan fällt zum Großteil im Kinder- und Jugendbereich an.

Mit der weiteren Förderung von Solarthermie, Altbausanierung und einem Grünkonzept wird auch ökologischen Belangen Rechnung getragen.

Die nächste Distriktversammlung findet ausnahmsweise bei Wilhelm Horn statt.

Hans Hauer

Protokoll der Distriktversammlung vom 8. Mai

Top 1: Aktuelles

Offene Diskussion über die Themen

- Polizeiaufgabengesetz
- Arbeit der Bundesregierung, was wurde bisher geleistet, Heiko Maas als Außenminister
- Situation der verschiedenen Parteien
- Kündigung des Iranabkommens durch Donald Trump und mögliche Folgen

TOP 2: Trassenbegehung (STUB) in Tennenlohe

Beginn Reutleser Weg, etwa 100 Bürger waren anwesend. Drei verschiedene Trassenführungen wurden auf ihre Durchführbarkeit untersucht.

Die Preise für Grundstückserwerb sind in der Kosten-Nutzenanalyse berücksichtigt!

Am 6. Juni findet in Büchenbach die Trassenbegehung statt, am 12. Juli um 18:30 Uhr das Trassenforum im Redoutensaal.

TOP 3: Bürgerbeteiligung, Stadtteilbeiräte

- Stadtteile Anger und Bruck könnten künftig geteilt werden. Weitere sind Süd, Ost, Innenstadt, Alterlangen, Büchenbach. Außerdem existieren 7 Ortsbeiräte.
- Künftig sollen die Orts- und Stadtteilbeiräte ein kleines Budget von der Stadt erhalten.
- Hinweisschilder für Apotheke abgelehnt (wegen Einheitlichkeit in Erlangen), aber System ähnlich der Hotelschilder sei ggf. möglich. Herr Meier wird die Bereitschaft seiner

- Kollegen/innen erkunden
- Spielplatzgeräte am SV Tennenlohe wurden ohne jede Information des Ortsbeirats abgebaut

TOP 4: Großparkplatz, Verkehr und Busbahnhof

- Neue Straße ist in West- Ostrichtung als Einbahnstraße geplant.
- Sperrung der Güterhallenstraße ist nicht beschlossen worden.
- Wird Busparkplatz an die Arcaden verlegt?
- Radnetz: Radtour am 14. Juni, 17:30 Uhr.
- Brandnerweg/Gässle: Begradigung wurde zugesagt.

TOP 5: Verschiedenes

- Diskussion Natascha Kohnen/Florian Janik wurde von den Genossen als sehr gelungen bezeichnet und auf den Link verwiesen.
- Kurze Diskussion über das Fernziel Elektromobilität und CCNG (komprimiertes Erdgas)
- Tennenloher Bote, Termine. Ulla soll sich mit Hans in Verbindung setzen.

Die Distriktmitglieder danken Margit und Wilhelm für die wunderbare Versorgung mit allerlei Leckereien und Getränken.

Ursula Schnapper

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Tobias Körber

Mobil: 01772955309

spd@tobias-koerber.de

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Stadt wächst und damit natürlich auch die Einwohnerzahl. Wohnraum, vor allem bezahlbarer Wohnraum, ist schon seit Jahren knapp, weshalb sich die SPD im Stadtrat neben anderen Nachverdichtungsmaßnahmen dazu entschieden hat, den Startschuss zur Planung einer Westerweiterung in Büchenbach zu geben, um weiteres Angebot zu schaffen. Das Gebiet befindet sich südlich der Bimbach zu beiden Seiten des Adenauerings. Aufgrund dessen ist in der letzten Stadtratssitzung Protest laut geworden, besonders von den direkt und indirekt betroffenen Landwirten. Wir wollen uns deshalb, wie schon angekündigt, in un-

serer nächsten Distriktssitzung genauer mit der Westerweiterung beschäftigen.

Die Sitzung findet statt:

**Mittwoch, 13. Juni, 20 Uhr,
Gasthof „Zur Einkehr“
(Güthlein)**

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Stadtentwicklung: Westerweiterung
2. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
3. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
4. Verschiedenes

Solidarische Grüße

Tobias Körber

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

Hartmut.Wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, der AG-60plus-Kreisverband Erlangen lädt ein zum

**Besuch der Wohngemeinschaft
Wilhelmine
am 22. Juni, 16 Uhr, Bu-
ckenhofer Siedlung, Wil-
helminenstraße 12**

Im Haus Wilhelmine, einer Gründung des Vereins „ASB Erlangen-Höchststadt Demenz-Wohngemeinschaften“, haben zwölf pflegebedürftige und demente Menschen ein neues Zuhause. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Pflegedienstes betreuen, pflegen und versorgen die Mieterinnen und Mieter rund um die Uhr. Die Wohngemeinschaft Haus Wilhelmine ist kein Pflegeheim, sondern eine Wohnform,

die von den Angehörigen bzw. den gesetzlichen Vertretern der Mieter selbst organisiert wird. Die Angehörigen haben in der Wohngemeinschaft besondere Aufgaben. Sie bilden das Gremium der Selbstbestimmung und tragen damit gemeinsam Verantwortung für ihre Angehörigen, mit dem Ziel, demenzkranke Menschen aus ihrer Isolation herauszuführen und ihnen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung am 16. Mai

Top 1: Begrüßung

Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert.

Hartmut bittet um Aufnahme eines zusätzlichen TO-Punktes, und zwar „Tagesbesuch AG 60plus in Jena“. Die Tagesordnung wird so genehmigt.

Top 2: Aktuelles

Inge telefonierte mit Ruth Sych, zur Zeit krank. Ruth würde sich freuen, wenn jemand von uns sie anruft. Es geht ihr besser, und sie ist bereits wieder etwas mobil. Hartmut wird sie anrufen.

Vertreter im Seniorenbeirat ab September 2018 wird Hartmut Wiechert sein, Anette Christian hat einen Vertreter gefunden, Name nicht bekannt. Dieser wird jedoch nicht als Vertreter von 60plus fungieren.

Top 3: Bericht von der Bezirkskonferenz der SPD AG 60plus am 22. März

Hartmut berichtet von der Bezirkskonferenz. Es fanden Vorstandswahlen statt. Gewählt wurden:

- Vorsitzender: Horst Honeiser (UB Fürth, 27 Stimmen)
- Stellvertretende Vorsitzende: Irmi Reutter (UB Fürth, 28 Stimmen) und Werner Schäfer (UB Ansbach, 27 Stimmen)
- Schriftführer: Jürgen Runau (UB Schwabach, 29 Stimmen)
- Beisitzer: Willy Kirschbaum (UB Ansbach, 28 Stimmen), Uli Welz (UB Erlangen, 27 Stimmen), Erika Faul (UB Nürnberg, 27 Stimmen) und Dr. Axel Zessin (UB Roth, 27 Stimmen)

Es wurden 4 interessante Anträge gestellt, die insgesamt im Bezirk bespro-

chen und befürwortet wurden:

- 1) Antrag, dass die Leiharbeit per Gesetz verteuert wird. Ein Leiharbeiter muss immer 10 Prozent mehr verdienen als ein festangestellter Mitarbeiter.
- 2) Antrag, dass sich die SPD-Führung für einen Paketsteuer einsetzt oder dafür, dass die Empfehlung der EU umgesetzt wird, dass der Kunde die Rücksendung bezahlen muss.
- 3) Erneuter Antrag, dass sich Parteiführung und Bundestagsfraktion für ein Modell der Marktwirtschaft einsetzen, in dem Arbeit und Einkommen der Beschäftigten oberstes Ziel des Wirtschaftens ist.
- 4) Finanzielle Ungleichheit zwischen CSU und SPD. Antrag, dass mit Hilfe des wissenschaftlichen Dienstes die Fakten der Ungleichheit aufgezeigt werden.

Die Anträge 1), 2) und 4) wurden beschlossen und zum Bezirksparteitag weitergeleitet. Antrag 3) wurde zur Überarbeitung an den Vorstand weitergeleitet. Hartmut macht den Vorschlag, dass auch die AG 60plus Erlangen mal einen Antrag stellt, der Bekanntheitsgrad wird dadurch größer.

Top 4: Vorbereitung des Besuchs in der Wilhelme

Hartmut erhielt am 10. Mai eine Mail von Frau Pogner, mit einer Einladung zum Besuch am 22. Juni, 16 Uhr. Der Termin muss noch bestätigt werden, ebenso die ungefähre Teilnehmerzahl. Hartmut wird eine entsprechende Mail an Frau Pogner senden (Bereits erfolgt am 17. Mai).

Top 5: Tagesbesuch AG 60plus in Jena, Donnerstag, 28. Juni

17 Teilnehmer haben sich bis jetzt angemeldet. Vier Personen wollen übernachten. Es werden Fahrgemeinschaften gebildet. Da die Reise mit der Bahn zu lange dauert und teuer kommt, wird der Beschluss gefasst, die Reise mit dem Auto zu bevorzugen. Treffpunkt der genauen Adresse bei Zeiss Jena wird noch bekannt gegeben. Parkplätze befinden sich beim Zeiss-Werk. Abfahrt nach Jena: 7:00 Uhr

Top 6: Verschiedenes

- Johanna Uekermann von der Grundwertekommission der SPD wurde für den 13. Juli, 18 bis 20 Uhr eingeladen, um über die Arbeit der Grundwertekommission zu berichten. Ort soll VHS Erlangen sein (inzwischen ins

Haus des Handwerks verlegt). Für die Veranstaltung muss Einladung und Werbung betrieben werden.

- Resonanz unserer Filmreihe Frühjahr 2018: Unsere Filmreihe führten wir in Zusammenarbeit mit der IGM-Seniorengruppe durch. Die IGM-Senioren waren davon sehr angetan (Aussage Peter Römer) und sie wollen im Herbst eine weitere Filmreihe in Eigenregie, aber zusammen mit uns, durchführen.

Termine wurden bereits genannt: jeweils mittwochs um 15:00 Uhr, und zwar 12. September, 10. Oktober und 14. November. Zwei Filme wurden bereits ausgesucht: „Die Kinder des Monsieur Mathieu“ und „Der Club der toten Dichter“, wir schlagen „Die Physiker“ vor. Für uns entstehen keine Kosten.

- Exkursion nach Regensburg. Hem stellt die Frage, wie weit die Pläne mit einem Besuch eines Seniorenprojekts in der Innenstadt von Regensburg gediehen seien. Bescheid

von Brigitte Wilhelm steht noch aus. Hartmut wird nochmals mit ihr Kontakt aufnehmen

- Der Seniorenbeirat lädt ein zu einem Nachmittag während der Bergkirchweih, Mittwoch, 23. Mai ab 13 Uhr im Schächtner-Zelt. Es sind heuer Plätze am Eingang reserviert (wegen der Lautstärke). 60plus gibt einen kleinen Zuschuss für die, die kommen.
- Vom Unterbezirk ist Ulrich Welz zur heutigen Sitzung gekommen und bittet darum, dass auch vom Unterbezirk jemand am Besuch „Wilhelmine“ teilnimmt. Die Einladung wird deshalb auch an den UB verschickt.
- Ausgiebige Diskussion über Pflege und derzeitigen Zustand der SPD.
- Nächster Termin: Mittwoch, 11. Juli, 18 Uhr, August-Bebel-Haus. Wir einigten uns auf Beginn 18 Uhr, damit auch Berufstätige teilnehmen können. Hartmut wird Ulrich Welz dazu einladen.

Protokollführerin: Renate Schmidt

■ **AsF**

Sprecherinnen:

- Birgit Brod
biggibrod@gmx.de
- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Valeria Fischer
- Katrin Hurlé
katrin9290@googlemail.com
- Johanna Pfister

Liebe Frauen in der Erlanger SPD, die AsF lädt alle Frauen der Erlanger SPD ein zu ihrer nächsten Sitzung:

Mittwoch, 6. Juni, 19 Uhr, August-Bebel-Haus

Wir wollen uns den Entwurf des Programms für die Landtagswahl ansehen und prüfen, ob in allen Kapiteln die frauenpolitischen Aspekte mitgedacht

wurden.

Wir würden uns freuen, wenn viele von Euch mitdiskutieren, denn wir haben bis zum 7. Juni Zeit, unsere Änderungswünsche an die Programmkommission zu schicken!

Unser nächster Termin wird dann am 11. Juli sein. Thema: Feminismus im Netz

Saskia Coerlin

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_gha@hotmail.com

Liebe Jusos, Unsere nächsten Sitzungen finden an folgenden Terminen statt (jeweils Dienstags):

- 5. Juni: Programmentwurf der BayernSPD zur Landtagswahl 2018
- 19. Juni: Das geplante „Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz“

• 3. Juli: Thema wird noch festgelegt Wir treffen uns dazu jeweils um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5, Eingang zum Sitzungszimmer unten am Parkplatz).

Rote Grüße
Munib